



### Mitbestimmung

S. 3

Die Landesregierung hat die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst neu geordnet. Die Opposition kritisiert das als Verschlechterung. Die SPD verspricht: Wir nehmen die Änderungen zurück, wenn wir die nächste Wahl gewinnen.

### China

S. 9-12

Das deutsche Verhältnis zu China ist derzeit angespannt. Aber es nutzt nichts – die Beziehungen zur Volksrepublik sind für NRW wichtig. Schwerpunktthema des Hefts.

### Nachbeben

S. 13

Kinder an die (Landes-) Politik heranzuführen – das ist eine dankbare Aufgabe. Aber nicht so wie beim „Kinderforum“, meint die Opposition und stellt Fragen.

### Leitung

S. 17

Erst war es still, dann wurde es laut, als die Bagger rollten. Die CO-Pipeline von Bayer hat Anwohner und die Politiker vor Ort aufgeschreckt. Eine Anhörung versammelt die Beteiligten im Landesparlament.

## NRW zeigt Flagge im Fernen Osten

# Inhalt

<b>Inhalt/Kommentar</b>	<b>2</b>
<b>Das richtige Maß gesucht</b>	<b>3</b>
<i>Koalition ändert Personalvertretungsrecht/SPD will Revision</i>	
<b>„Kommunen sollen sich beschränken“</b>	<b>4</b>
<i>Landtag verabschiedet Gemeindeordnung in dritter Lesung</i>	
<b>Freiheit und Sicherheit</b>	<b>5</b>
<i>Innenminister unterrichtet Landtag über die Lage in NRW</i>	
<b>Näher an der Praxis</b>	<b>6</b>
<i>Abgeordnete debattieren neue Struktur des Lehramtsstudiums</i>	
<b>„Proteste ernst nehmen“</b>	<b>7</b>
<i>Opposition nutzt Aktuelle Stunde zur KiBiz-Kritik</i>	
<b>Das Ringen um die WestLB</b>	<b>8</b>
<i>Landesregierung sieht keinen Grund für eine schnelle Fusion</i>	
<b>Keine Einbahnstraße</b>	<b>9</b>
<i>Interview mit dem Vorsitzenden der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe</i>	
<b>Schlag auf Schlag</b>	<b>10-11</b>
<i>„Landtag intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren</i>	
<b>Mit der Welt vernetzt</b>	<b>12</b>
<i>Sechs parlamentarische Gruppen knüpfen internationale Kontakte</i>	
<b>Opposition sieht „Sittengemälde“</b>	<b>13</b>
<i>Kinderforum und Redenschreiber – zwei Themen im Hauptausschuss</i>	
<b>Von Stärken und Schwächen</b>	<b>14</b>
<i>Schulpraktiker berichten über Erfahrungen mit Qualitätsanalysen</i>	
<b>Mehr Sicherheit durch mehr Erziehung</b>	<b>15</b>
<i>Experten diskutieren Regelungen für Jugendstrafvollzug</i>	
<b>Überflüssiges im Wassergesetz</b>	<b>16</b>
<i>Experten diskutieren über Änderungspläne der Landesregierung</i>	
<b>Keine Einigung in Sicht</b>	<b>17</b>
<i>CO-Pipeline: Über 300 Gäste verfolgen Mammut-Anhörung im Landtag</i>	
<b>Aktuelles aus den Ausschüssen</b>	<b>18</b>
<b>Rollenklischees vermeiden</b>	<b>19</b>
<i>Junge Frauen wollen und sollen in Zukunftsberufen Karriere machen</i>	
<b>Aus den Fraktionen</b>	<b>20-21</b>
<b>Stärkere Qualitätskontrollen</b>	<b>22</b>
<i>Experten bewerten in Anhörung die geplanten Änderungen im Kurortegesetz</i>	
<b>Porträt: Jürgen Unruhe (SPD)</b>	<b>23</b>
FCL: Stark gegen Ex-Profis	23
Impressum	23
<b>Geburtstage und Personalien</b>	<b>24</b>



## Vom Rhein zum Jangtse und zurück

Die Volksrepublik China ist auf dem Weg zur Weltmacht. Sie ist längst politisches Schwergewicht und globaler Wirtschaftsriese. Experten rechnen damit, dass der fernöstliche Staat in Kürze Deutschland im Welthandel überholen wird. Daraus auf eine Bedrohung für unser Land zu schließen, wäre der falsche Reflex. Die Welt teilt sich nun einmal nicht in Schwarz und Weiß, in Gut und Böse. Deutschland ist und war – wie übrigens das ganze „alte“ Europa – immer um Ausgleich bemüht. Enge und vertrauensvolle Wirtschaftsbeziehungen sind ein erster, aber nicht zu unterschätzender Schritt zu gegenseitigem Verständnis und sich entwickelnder Partnerschaft. Motto: Wenn der Handel funktioniert, dann gibt es auch auf anderen Gebieten Fortschritte.

Etwa beim Klimaschutz. Der rasant wachsende Industriestaat China hat mit großen Umweltproblemen zu kämpfen. Bei effizienter Energienutzung und in der Umwelttechnologie kann NRW dem Land beispringen. Hier können wir Technik und Know-how liefern.

### PARTNERSCHAFT

Oder auf politischem Gebiet. Das Verständnis von Menschenrechten ist im Reich der Mitte – sagen wir einmal – ein anderes als in der westlichen Wertegemeinschaft. Dem muss man von uns aus nicht ausweichen; Hartnäckigkeit vermag zu imponieren. Aber auch hier: Der Ton macht die Musik. Missionarischer Eifer oder die Attitüde der Besserwisserie führen nicht zum Erfolg.

Auf der anderen Seite will China in zehn Monaten mit den Olympischen Spielen weltweit Eindruck machen. Millionen aus aller Welt werden nach Peking strömen. Das Land muss seine Türen weit öffnen und kann gar nicht verhindern, dass ein frischer Wind hereinweht. China ist und bleibt kein einfacher Partner. Fingerspitzengefühl und das aufrichtige Bemühen, sich in die chinesischen Partner hineinzuversetzen, helfen weiter. Hier kommt der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe des Landtags Nordrhein-Westfalen eine besondere Rolle zu. Sie ist sozusagen neutraler Sachwalter der nordrhein-westfälisch-chinesischen Beziehungen. Sie verhandelt nicht, sie führt Gespräche. Sie verkauft keine Industrieanlagen, sondern sie wirbt um Vertrauen. Sie ist nicht Vertrags-, sondern Gesprächspartner. Kurz, ein verlässlicher, menschlicher Kontakt von hier nach Fernost und von dort nach hier. Das wird im Reich der Mitte geschätzt und genutzt. JK

Peter Preuß (CDU) wollte nicht bestreiten, dass die Änderungen des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG) „gegenüber der bisherigen Rechtslage eine deutliche Einschränkung der Beteiligungsrechte der Personalräte bedeuten“. Deswegen habe eine Reihe von Abgeordneten der CDU-Fraktion auch „Bauschmerzen“, räumte er ein. Die geplanten Änderungen bedeuten aber nicht, dass Landesregierung und Koalition die Mitbestimmung abschaffen oder Arbeitnehmerrechte einschränken wollten: „Wir wollen das richtige Maß der Mitbestimmung.“ Entscheidungsprozesse sollten gestrafft werden, damit der politische Reformprozess vorankomme. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit innerhalb der öffentlichen Verwaltung zwischen Dienstherr und Beschäftigten sei weiterhin möglich. Die individuellen Rechte der Bediensteten würden sogar noch gestärkt, betonte Preuß.

Gerd Stüttgen (SPD) urteilte, der von Schwarz-Gelb betriebene Abbau von Mitbestimmung sei „durch nichts, aber auch gar nichts sinnvoll zu begründen“. Den Verweis auf die Angleichung des LPVG an das Bundesrecht ließ er nicht gelten. Es sei „völlig unsinnig, ein 23 Jahre altes Gesetz durch die Regelungen eines 33 Jahre alten Gesetzes zu ersetzen“, fand er. Außerdem sei dies nach dem Zuwachs von Länderkompetenzen im Zuge der Föderalismusreform ein „Scheinargument“. Stüttgen vermutete, dass die Koalition versuche, „durch einen Abbau von Mitbestimmungsrechten im öffentlichen Dienst einen späteren Abbau von Arbeitnehmerrechten in der Wirtschaft einzuleiten“. Die SPD habe keinen Änderungsantrag eingebracht, weil der Entwurf völlig negativ und nicht zu heilen sei. Der Gesetzentwurf trage den Stempel der FDP, die hier ihren größeren Koalitionspartner vor sich hertreibe.

Horst Engel (FDP) war der Auffassung: „Die geplante Novellierung leistet einen entscheidenden Beitrag zum Bürokratieabbau und zur Flexibilisierung.“ Das Ziel der Koalition, „die Verwaltungslandschaft im Lande zu vereinfachen, besser zu organisieren und zu verschlanken“, könne vor der momentanen Personalstruktur nicht Halt machen. Der Abgeordnete war sich sicher, dass sich die Aufregung innerhalb der Behörden schnell legen werde „und wir bei unserem Grundanliegen weiterkommen werden, einen starken Staat in seinem Kernbereich für die Zukunft fit zu machen und näher an den Bürger heranzubringen.“

Monika Düker (GRÜNE) sah im Gesetzentwurf einen „fundamentalen Angriff auf die bewähr-

ten demokratischen Strukturen der öffentlichen Verwaltung in NRW“. Den könne man auch durch Änderungsanträge nicht abschwächen. Verwaltungsreform gelinge am besten, dies rief sie in Erinnerung, auf gleicher Augenhöhe mit den Beschäftigten und nicht gegen sie. Demokratie müsse gelebt werden – auch in den Behörden.

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) beruhigte: „Alle Schauer märchen und Tartarenmeldungen sind völlig haltlos.“ Die Menschen im öffentlichen Dienst des Landes lebten nicht in „Knechtschaft“. Die Koalition erfülle den Auftrag, die Personalhoheit und Organisationshoheit des Dienstherrn wieder zu stärken. Mit der im Vergleich zum Bundesrecht angestrebten 1:1-Umsetzung halte man absolut Maß. Diese Art von Mitbestimmung funktioniere in allen Ländern problemlos; sie sei „eine gute Basis für vertrauensvolle Zusammenarbeit auch in Nordrhein-Westfalen“.

## Das richtige Maß gesucht

### Koalition ändert Personalvertretungsrecht/SPD will Revision

*In zweiter und tags darauf anberaumter dritter Lesung hat der Landtag mit der Koalitionsmehrheit im September die Änderung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst (Gesetzentwurf der Landesregierung Drs. 14/4239) beschlossen. CDU und FDP feierten dies als Erfolg auf dem Weg zu mehr Funktionsfähigkeit und Flexibilisierung der öffentlichen Verwaltung. Anders SPD und Grüne: NRW habe ohne Not sein fortschrittliches Mitbestimmungsgesetz auf dem Altar der Koalitionsräson geopfert. Bei einem möglichen Wahlsieg meldete die SPD die Rücknahme der Änderungen an.*



Gerd Stüttgen (SPD)



Horst Engel (FDP)



Monika Düker (GRÜNE)

Fotos: Schälte

Ganz Ohr für die Ausführungen seines Koalitionskollegen Preuß (CDU, am Rednerpult): Innenminister Wolf (FDP) auf der Regierungsbank.

Dr. Karsten Rudolph (SPD) wunderte sich, dass der Arbeitsminister des Landes in dieser Sache ganz tief abgetaucht sei. Wenn die SPD die Regierung wieder stelle, werde sie das Gesetz zurücknehmen, versprach er.

Theo Kruse (CDU) warf der SPD vor, als sie an der Regierung gewesen sei, habe sie keine Kraft gehabt oder die Gelegenheit verschlafen, das öffentliche Dienstrecht strukturell zu verändern.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) verwies auf die Kritik an der überproportionalen Freistellung von Personalräten im Schulbereich. Das ändere die Koalition jetzt zugunsten einer besseren Unterrichtsversorgung.

Rüdiger Sagel (fraktionslos) geißelte die „harte, brutale Attacke auf Arbeitnehmerrechte“. Die Reform der öffentlichen Verwaltung müssten die Beschäftigten aktiv mitgestalten können. ■

# „Kommunen sollen sich beschränken“

## Landtag verabschiedet Gemeindeordnung in dritter Lesung

*Eine Reihe von Reformen zur Gemeindeordnung bringt das von der Landesregierung vorgelegte „Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ (Drs. 14/3979), das der Landtag in dritter Lesung mit den Stimmen von CDU und FDP verabschiedet hat. Diese dritte Lesung des Entwurfs hatte die SPD-Fraktion schriftlich beantragt. Einen Tag zuvor debattierten die Abgeordneten in zweiter Lesung über die Novelle, die unter anderem die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen neu regeln soll.*

Rainer Lux (CDU) führte an, welche Vorteile die Reform mit sich bringe. Die Verlängerung der Amtszeiten von Bürgermeistern und Landräten von fünf auf sechs Jahre mache die Ämter attraktiver. Mit dem Verzicht auf Stichwahlen wolle die Regierungskoalition wachsender Wahlverdrossenheit entgegenwirken. Darüber hinaus stärke die Entkoppelung von Rats- und Bürgermeisterwahlen die Stellung ehrenamtlicher Mandatsträger. Zur gesetzlichen Regelung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommu-

die Entkoppelung von Rats- und Bürgermeisterwahlen werde nicht zu mehr Demokratie, sondern zu Politikverdrossenheit und sinkender Wahlbeteiligung führen. Sein Urteil: „Dieser Gesetzentwurf ist an Beliebtheit nicht zu überbieten.“

Horst Engel (FDP) betonte, die Reform stärke die Kommunalverfassung, die kommunale Selbstverwaltung und die demokratische Beteiligung der Bürger. Gemeinderäte und

die geplante Einschränkung kommunaler Wirtschaftsaktivitäten gestärkt würden. „Das ist eben nicht der Fall“, meinte Becker. „Alle Praktiker wissen, dass die Firmen und Stadtwerke Aufträge an Handwerk und Mittelstand geben.“ Da der „dringende öffentliche Zweck“ künftig eine Bedingung für die kommunalen Betriebe sei, könnten sich die Stadtwerke eben nicht wirtschaftlich weiterentwickeln. Die Regierungskoalition wolle den kommunalen Unternehmen den Boden unter den Füßen wegziehen. Becker forderte die Abgeordneten im Plenum auf: „Stoppen Sie den Ausverkauf kommunaler Interessen.“

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) charakterisierte die Reform als eine Reaktion „auf das gesetzgeberische Versagen der alten rot-grünen Landesregierung.“ Seit dem Jahr 2002 habe ein Kommissionsbericht vorgelegen, der einen



Fotos: Schälte

nen sagte er, die existierenden Betriebe hätten Bestandsschutz und könnten sich dynamisch weiterentwickeln. „Entgegen Ihren apokalyptischen Prophezeiungen wird kein Unternehmen schließen müssen“, wandte sich Lux an die Oppositionsfractionen.

Markus Töns (SPD) kritisierte die Pläne der Regierungskoalition: „Sie wollen wirtschaftlich gesunde Stadtwerke zerschlagen.“ Der gewährte Bestandsschutz bedeute für die kommunalen Betriebe ein „Ausbluten“, da er wirtschaftliche Neuausrichtungen faktisch unmöglich mache. Die Stadtwerke im Land würden zum Wohle der Bürger hocheffizient arbeiten. Die Landeregierung wolle jedoch das Ende der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen. „Das ist pure Ideologie“, meinte Töns. „Hier geht es nur um Privat vor Staat.“ Zudem äußerte er die Sorge,

Kreistage können zukünftig mit Zweidrittelmehrheit einen Bürgerentscheid beschließen, in dessen Fragestellung sie nachträglich nicht mehr eingreifen dürften. Mit der Verlängerung der Amtszeiten wolle die Koalition erreichen, „dass wir besser qualifizierte Bewerber bekommen.“ Die Reform der Gemeindeordnung verdeutliche außerdem, dass mit kommunalen Ressourcen zukünftig „wirklich schonungsvoll“ umzugehen sei. Von den insgesamt 427 Gebietskörperschaften in Nordrhein-Westfalen hätten 188 derzeit keinen ausgeglichenen Haushalt. „Die Schuldenspirale muss gestoppt werden“, forderte Engel.

Horst Becker (GRÜNE) machte im Gesetzentwurf „sieben kommunale Lebenslügen“ der Regierungskoalition aus. Dazu zähle die Behauptung, dass Handwerk und Mittelstand durch

Veränderungsbedarf der Gemeindeordnung gesehen habe. Dieser jedoch sei von SPD und Grünen nicht umgesetzt worden. Mit der Entkoppelung der Wahltermine passe sich Nordrhein-Westfalen nun anderen Bundesländern an. Zur wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen sagte Wolf: „Sie sollten sich auf das beschränken, was ihre Aufgabe ist, nämlich die Versorgung der Bürger vor Ort.“ Der Minister erklärte, ihm gehe es um ein „ausgewogenes Verhältnis“ zwischen kommunaler Wirtschaft und mittelständischen Betrieben.

Rüdiger Sagel (fraktionslos) nannte das Gesetz eine „rechtlich abgesegnete Form der Wahlmanipulation.“ Die Abschaffung der Stichwahl solle CDU und FDP einen Vorteil bringen, „den Sie nach bisherigen demokratischen Spielregeln nicht haben.“ ■

# Krimi vor Heimatkulisse

n an der Wilden Aa campierten Polizisten im Wohnwagen. Sie observierten die  
Ferienhaus, in dem sonst Familien Urlaub machen, wohnten die mutmaßlich

## Freiheit und Sicherheit

### Innenminister unterrichtet Landtag über die Lage in NRW

Die Festnahme von drei islamistischen Terrorverdächtigen im Sauerland nahm Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) zum Anlass, den Landtag über die allgemeine Sicherheitslage in NRW zu unterrichten. Dabei wies er Forderungen nach schärferen Anti-Terror-Gesetzen zurück. Zwar sei nicht auszuschließen, dass Terroristen weiterhin Anschläge in NRW planen, zu Hysterie sah er jedoch keine Veranlassung. Politiker aller Fraktionen lobten den Einsatz der Sicherheitsbehörden, durch den mögliche Anschläge vereitelt werden konnten.

Foto: Schälte

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) wertete die Festnahmen im Sauerland als großen Erfolg der Sicherheitsbehörden: „Das ist das Ergebnis einer hervorragenden Zusammenarbeit aller Beteiligten in Bund und Ländern sowie international.“ Der Erfolg dürfe jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus andauere. „Diese nehmen wir sehr ernst, es besteht aber kein Grund zu Hysterie und Panik.“ Schnellschüssen bei der Anti-Terror-Gesetzgebung erteilte er eine Absage. Die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit müsse gewahrt bleiben. So wies er Forderungen nach einer „Konvertiten-Datei“ zurück: Dadurch werde eine ganze Religionsgruppe unter Generalverdacht gestellt. Wolf: „Nicht der Islam ist das Problem, sondern diejenigen, die den Islam zur Rechtfertigung ihrer menschenverachtenden Ideologie missbrauchen.“

Dr. Karsten Rudolph (SPD) dankte den Sicherheitsbehörden. Ihr Erfolg spreche eine deutliche Sprache. Die beste Sicherheitspolitik bestehe allerdings in einer klugen Außenpolitik. „Nur wenn die Ursachen des Terrorismus, seine Entstehungs- und Existenzbedingungen bekämpft werden, können wir erfolgreich sein“, so Rudolph. Eine „Kampagne gegen Konvertiten“ sei in jedem Fall der falsche Ansatz. Mit strategischer Terrorbekämpfung habe das nichts zu tun. Stattdessen sei es wichtig, den Dialog mit den moderaten islamischen Gruppen weiterzuführen. Der Landesregierung warf er vor, die akustische Wohnraumüberwachung bis heute nicht in verfassungsgemäße Gesetze gekleidet zu haben. Daher sei es nicht möglich gewesen, die Terrorverdächtigen im Sauerland

von NRW-Behörden akustisch überwachen zu lassen. „Wer das zulässt, betreibt eine Politik des Sicherheitsrisikos.“

Theo Kruse (CDU) forderte, das gesetzgeberische Instrumentarium immer wieder an die sich ändernden Herausforderungen anzugleichen: „Die Polizeien und die Nachrichtendienste von Bund und Ländern brauchen nicht nur mehr Personal und Befugnisse, ebenso müssen sie im technologischen Wettlauf mit den versierten Ingenieuren des Terrors Schritt halten können.“ Er sprach sich dafür aus, die Videoüberwachung an „neuralgischen Punkten“ auszuweiten. Für Terroristen dürfe es keine geschützten Räume geben, „auch nicht im Internet oder auf persönlichen Festplatten“. Der Online-Zugriff müsse den Ermittlern nach richterlicher Anordnung als „Ultima-ratio-Maßnahme“ möglich sein, meinte Kruse. „Deshalb ist es nicht nachvollziehbar, von einer unzumutbaren Beschränkung von Bürger- und Freiheitsrechten zu reden.“

### „Konvertiten-Datei“

Die Aufdeckung terroristischer Aktivitäten im Sauerland hatte die Diskussion über die Einrichtung einer so genannten Konvertiten-Datei als Mittel im Antiterror-kampf entfacht, in der alle zum Islam übergetretenen Personen erfasst werden sollen. Hintergrund: Unter den Anfang September in Medebach verhafteten drei islamistisch motivierten Attentätern befanden sich zwei zum Islam übergetretene Deutsche. Sie waren mutmaßliche Mitglieder der terroristischen Vereinigung „Islamische Jihad Union“ und hatten Bombenanschläge unter anderem auf US-Einrichtungen in Deutschland geplant.

Horst Engel (FDP) hielt die These, mehr Sicherheit erreiche man durch massive Überwachung der Bürger, für nicht haltbar: „Man schützt die Freiheit nicht, indem man sie abschafft. Wir halten eine ausufernde Überwachung der Bürger unter massiver Beschränkung ihrer Freiheitsrechte für falsch und zum Teil verfassungswidrig.“ Zudem sei der Beweis, dass eine verschärfte Überwachung tatsächlich zu mehr Sicherheit führe, bisher noch nie erbracht worden. Er schloss mit dem Appell: „Geben wir unseren Sicherheitsbehörden eine adäquate Ausstattung, mit der sie uns wirkungsvoll vor Anschlägen schützen können, und dazu die gesetzlichen Instrumente, die wirklich etwas nützen und nicht den demokratischen Rechtsstaat ad acta legen.“

Monika Düker (GRÜNE) sprach von einer neuen Qualität des Terrorismus: „Die Dschihadisten aus dem Sauerland heißen heute Daniel und Fritz und sind die ersten auffälligen home-grown Terroristen.“ Viele Sicherheitspolitiker reagierten mit Hysterie statt mit Besonnenheit. Offenbar solle eine „Atmosphäre des nationalen Notstands“ geschaffen werden, in der man rechtsstaatliche Prinzipien schleifen kann, so Düker. „Wer die Grundsätze des demokratischen Rechtsstaats opfert, hat im Kampf gegen den Terrorismus bereits verloren.“ Mit seinem „Vorpreschen bei der Online-Überwachung“ reihe sich NRW-Landesminister Wolf in „die Schar der Innenminister, die erst vom Verfassungsgericht gestoppt werden müssen“. Zudem habe der Minister mit seiner Polizeireform „Chaos“ in den Organisationsaufbau der Behörden gebracht. ■

# Näher an der Praxis

## Abgeordnete debattieren neue Struktur des Studiums

*Künftig soll sich das Lehramtsstudium für alle Schulformen in ein dreijähriges Bachelor- und ein zweijähriges Masterstudium gliedern – mit viel früheren und insgesamt deutlich stärkeren Praxisanteilen. Die neue Lehrerausbildung soll im Wintersemester 2009/2010 freiwillig von den Hochschulen eingeführt werden können und ab 2011 verpflichtend sein. Um über diese vom NRW-Kabinett beschlossenen neuen Grundsätze zu informieren, fand auf Antrag von CDU und FDP eine Aktuelle Stunde im Landtag statt.*



Beim Lehramtsstudium sitzen sie in einem Boot – Schulministerin Barbara Sommer (CDU) und Hochschulminister Professor Andreas Pinkwart (FDP). Foto: Schälte

**Bernhard Recker** (CDU) erinnerte sich aus seiner Praxis als Lehrer, es habe immer wieder Kolleginnen und Kollegen gegeben, die fachlich ausgezeichnet waren, aber im Umgang mit der realen Lebenssituation der jungen Menschen erhebliche Probleme hatten. Der Abgeordnete: „Kein Vorwurf, sondern lediglich die Feststellung, dass sie auf diese Tätigkeit nicht adäquat vorbereitet waren.“ Gewinner der Reform seien die Schulen und die Kinder; sie würden in Zukunft Lehrpersonen in den Klassen haben, die mit wesentlich mehr Praxis auf die jeweilige Situation und Aufgabe ihrer Schulform vorbereitet seien. Selbst die Lehrgewerkschaft GEW bezeichne die Reform als einen „bundesweit zukunftsweisenden Vorschlag“. Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) spreche von einem „deutlichen Signal der Landesregierung, an dem sich die anderen Bundesländer messen

lassen müssten“. Recker: „Die Schwächen im Schulsystem lassen sich nicht durch Strukturdebatten beheben, sondern nur durch besseren Unterricht. Dafür verantwortlich ist und bleibt die einzelne Lehrerin, der einzelne Lehrer. Deshalb setzt diese Reform genau an der richtigen Stelle an.“

**Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP) meinte, die Lehrerausbildung sei viel zu lang an den Erfordernissen der Wirklichkeit vorbeigegangen. „Künftig wird es Zentren für Lehrerbildung an den Universitäten geben, die den Rang von Fakultäten erlangen – verknüpft mit interdisziplinärer und unterrichtsbezogener Forschung. Die bisherigen Studienseminare, die alle bestehen bleiben, werden zu Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung. Der Vorbereitungsdienst verkürzt sich in zwei Schritten auf dann zwölf

Monate und schließt mit dem Staatsexamen ab“, lobte die Abgeordnete. „Für alle Lehrämter gelten gleiche Ausbildungszeiten, dies begrüße ich ganz besonders. Wir zeigen damit, dass wir die ersten Schuljahre unserer Kinder für ganz entscheidend halten, wir werten dieses Lehramt auf – und die angehenden Grundschullehrkräfte, die dann hoffentlich auch verstärkt männlichen Geschlechts sein werden.“

**Professor Dr. Rainer Bovermann** (SPD) sah die einheitliche Studiendauer für alle Lehrämter positiv. Schlecht sei dagegen die teils schulform-, teils schulstufenbezogene Differenzierung. Die Sonderstellung des Lehramts Gymnasium und die Aufteilung des Lehramts Gesamtschule sei nicht mehr zeitgemäß. Eine Ausweitung der praktischen Studienanteile in der ersten Phase sah er dagegen kritisch. Die Schüler dürften so kurz nach dem Abitur noch stark der Schülerrolle verhaftet sein. Die Ankündigung, man stecke 100 Millionen Euro zusätzlich bis 2015 in die Lehrerausbildung an den Hochschulen, sei Augenwischerei: „Durch die Verkürzung des Vorbereitungsdienstes halbieren sich die Personalkosten für die 16.000 Referendare. Auch für die Fachleiter der Studienseminare muss weniger Geld ausgegeben werden. Allerdings stehen die Referendare nicht mehr in dem Umfang wie bisher für den bedarfsdeckenden Unterricht zur Verfügung und müssen durch andere Lehrkräfte ersetzt werden.“

**Sigrid Beer** (GRÜNE) lobte, es sei völlig richtig, keine Unterschiede bei der Ausbildungsdauer der verschiedenen Lehrämter zu machen. Richtig sei ferner, dass die gleiche Ausbildungslänge mit einer gleichen Besoldung einhergehen müsse – nicht zuletzt, um die Attraktivität der Ausbildung auch für Männer zu sichern und zu verbessern. Die bisherigen verschiedenen Phasen der Aus- und Fortbildung seien nicht aufeinander bezogen gewesen. Deshalb begrüßten die Grünen grundsätzlich das Ziel, dass die erste und zweite Phase enger miteinander verzahnt werden sollen. Enttäuschend an der Reform dagegen sei, dass sie an schulformbezogenen Lehrämtern festhalte.

**Schulministerin Barbara Sommer** (CDU) erklärte, nach Jahrzehnten des Stillstands sei die Reform überfällig gewesen. „Wir werden künftig den Praxischock vermeiden“, versprach sie. Auf einen angeblichen Streit zwischen ihr und Forschungsminister Pinkwart angesprochen, betonte Sommer: „Es gibt keine Gewinner oder Verlierer auf der Regierungsbank, sondern nur einen Gewinner: die Schüler.“

# „Proteste ernst nehmen“

## Opposition nutzt Aktuelle Stunde zur KiBiz-Kritik

*Das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) machten die Oppositionsfraktionen von SPD und Grünen zum Thema einer Aktuellen Stunde im Plenum. „Die Menschen in NRW haben einen Anspruch darauf zu erfahren, wie es mit den Kindergärten in diesem Land weitergeht“, erklärten sie in ihrem gemeinsamen Antrag „KiBiz nicht tragfähig – Proteste ernst nehmen!“ (Drs. 14/5060).*

Wolfgang Jörg (SPD) nannte das KiBiz einen „familienpolitischen Totalschaden“. Eltern, vor allem berufstätige, würden erheblich mehr zur Kasse gebeten. Immer mehr Bürger müssten erkennen, „dass dieses Gesetz gegen die Kinder und damit gegen die Zukunft unseres Landes gerichtet ist.“ Der familienpolitische Sprecher betonte außerdem, dass auch in der schwarz-gelben Koalitionsregierung die Zahl der kritischen Stimmen zunehme. Jörg forderte CDU-Familienminister Laschet auf, seinen Gesetzentwurf zurück zu ziehen. „Wenn Sie dieses Gesetz durchpeitschen, werden Sie den ersten richtig dicken Sargnagel für diese Landesregierung einschlagen.“

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, meinte zum KiBiz: „Diese Novelle ist kinderfeindlich, familienfeindlich und kommunalfreundlich.“ Das Gesetz senke die Qualität der Betreuung, führe zu höheren Elternbeiträgen und bürde den Kommunen finanzielle Lasten auf. Außerdem bringe es Nachteile für die Tagesstätten mit sich, da die Träger keine Planungssicherheit mehr hätten. Der Landesregierung warf Löhrmann vor: „Sie reden das Gesetz nach wie vor schön.“ Kritik richtete sie auch an den nordrhein-westfälischen FDP-Generalsekretär Christian Lindner, der innerhalb der Koalitionsregierung Änderungen am Gesetzestext ins Gespräch gebracht hatte. „Mit Ihrem Vorpreschen haben Sie aus einer Sachfrage eine Machtfrage gemacht.“

Marie-Theres Kastner (CDU) stellte fest: „Der Entwurf wird nicht zurückgenommen.“ Mit dem KiBiz könne die Landesregierung endlich den Bedürfnissen der Familien entgegen kommen. Kastner versicherte, dass ihre Fraktion die Stellungnah-

men zum Entwurf ernst nehme. „Wir werden die Zuschriften und die Anhörung im Landtag auswerten“, erklärte sie. Auf einem schwierigen Weg sei die Koalition schon weit gekommen, aber noch nicht am Ziel. Kastner: „Wir werden nicht jeden Tag ein neues Bruchstückchen in die Welt setzen, sondern am Ende das Ganze bewerten und verändern.“ Bis zur entscheidenden Fachausschuss-Sitzung am 18. Oktober und bis zur Abstimmung im Plenum am 24. Oktober müsse sich die Bevölkerung gedulden.

Christian Lindner (FDP) bezeichnete seine Überlegungen zu Änderungen am Entwurf als „völlig normalen Vorgang“, der von der SPD „skandalisiert“ worden sei. Man müsse überlegen, wie die Risiken für die Träger der Kindergärten reduziert werden könnten und wie mehr Verbindlichkeit von pädagogischen Standards geschaffen werden könne. „Wir stehen zur Pauschalfinanzierung“, betonte der Abgeordnete für die FDP. Allerdings sei zu fragen, ob die Finanzierung nicht zugleich stärker an den Kindergartengruppen orientiert werden könne. Es gebe noch Überzeugungs- und Gesetzgebungsarbeit zu leisten. „Ende Oktober werden wir dann die längst überfällige Rechtsgrundlage für unsere Kindertageseinrichtungen verabschieden.“

Familienminister Armin Laschet (CDU) verteidigte seinen Entwurf: „Wir machen einen Systemwechsel, der dringend notwendig ist.“ Mit dem geplanten Inkrafttreten des Gesetzes im August 2008 werde die Landesförderung um 150 Millionen Euro auf 869 Millionen Euro erhöht. „Im vollen KiBiz-Jahr 2009 sind es dann schon 250 Millionen Euro“, rechnete Laschet vor. Zugleich bekräftigte er sein Ziel, Nordrhein-Westfalen zum „Kindergartenland Nummer 1“ in Deutschland zu machen. Ohne das KiBiz würde die Zahl der Entlassungen in den Einrichtungen weiter zunehmen. 5.000 Erzieherinnen und Erzieher seien dann betroffen. „Da können wir nicht tatenlos zusehen“, sagte der Minister.

Rüdiger Sagel (fraktionslos) erklärte, das KiBiz führe zu einer Bildung „nach Kassen- und Klassenlage.“ Der Konkurrenzkampf unter den Tagesstätten werde deutlich zunehmen. „Eltern werden zu Kunden degradiert“, befürchtete der Abgeordnete. Er setze sich für den Erhalt und den Ausbau kleiner, altersgemischter Kindergartengruppen ein. „Ich will, dass sich unsere Kinder entwickeln können.“ ■

Fotos: Schälte

Wolfgang Jörg (SPD)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Marie-Theres Kastner (CDU)

Christian Lindner (FDP)

Familienminister Armin Laschet (CDU)

# Das Ringen um die WestLB

## Landesregierung sieht keinen Grund für eine schnelle Fusion

*Das Ringen um die Zukunft der WestLB ist in eine weitere Runde gegangen. Während SPD und GRÜNE – untermauert durch zwei Anträge (Drs. 14/5015 und 14/5026) – auf eine rasche Fusion der WestLB mit der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) drängen und etwaigen Privatisierungs- oder Vertikalisierungsoptionen eine Absage erteilen, sieht Schwarz-Gelb keine Veranlassung für eine schnelle Entscheidung. Auf der Suche nach der besten Lösung für die WestLB und NRW würden alle Optionen sorgfältig geprüft, so der Finanzminister.*

Martin Börschel (SPD) nannte das Vorgehen der Landesregierung „planlos, ziellos und verantwortungslos“. Es sei klar, dass es so mit der WestLB nicht weiter gehen könne. Die Sparkassenverbände hätten bereits einen „tragfähigen Vorschlag“ auf den Tisch gelegt, nämlich den Zusammenschluss mit der LBBW. „Es drängt sich die Frage auf, warum Sie vonseiten der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen nicht über diese goldene Brücke gehen, die Ihnen die Sparkassenverbände mit ihrem klugen Beschluss gebaut haben“, so der Abgeordnete. Stattdessen habe der Ministerpräsident die Gelegenheit zur Chefsache erklärt und präsentiere sich als „Bremsen des Landes“. Börschel forderte eine schnelle Entscheidung. „Je länger Sie warten, umso stärker wird der Wert der WestLB abnehmen.“

Johannes Rimmel (GRÜNE) pflichtete seinem Vorredner bei: „Mit jedem Tag, der ins Land zieht, wird die Werthaltigkeit unserer Landesbank beeinträchtigt.“ Gleichzeitig vergehe kaum ein Tag, an dem Schwarz-Gelb nicht einen neuen Vorschlag zur Diskussion stellt. Sein Fazit zum Regierungshandeln: „Chaos, Zaudern, unzählige Zickzack-Schleifen“. Stattdessen dürfe die Reise nur in eine Richtung gehen: „Keine Privatisierung, möglichst kein Personalabbau, konsequente Signale und Konsenssignale an die Miteigentümer, insbesondere an die Sparkassen, und natürlich positive Signale für eine öffentlich-rechtliche Struktur“, so Rimmel. „Die einzige derzeit realistische Perspektive für die WestLB heißt LBBW.“ Dies sei zwar keine Liebesheirat, dafür aber eine „gute Vernunftheirat“.

Volkmar Klein (CDU) konterte: Das „Krisenrede über die WestLB“ zeuge von einem hohen Maß an Verantwortungslosigkeit der Opposition und schade der Bank. „Hier geht es nicht um eine Rettungsaktion oder eine Notlage, auf die in aller Eile reagiert werden müsste.“ Trotz aller aktuellen Probleme sei die WestLB eine „starke Bank“ mit einem guten operativen Ergebnis. Voreiliges Handeln wäre daher absolut falsch und zerstöre Chancen, so Klein. „Wir haben keinen

unmittelbaren Zeitdruck, sondern die Pflicht, alle Optionen zu prüfen.“ Das sei die Grundlage dafür, im Interesse des Landes, der Sparkassen und der Bürgerinnen und Bürger die bestmögliche Lösung zu erreichen.

Angela Freimuth (FDP) unterstrich die Absicht, den Landesanteil an der WestLB bestmöglich nutzen zu wollen. „Da liegt es doch nahe, dass wir keine überstürzten Entscheidungen treffen, sondern kompetente Berater hinzuziehen, die es gewohnt sind, mit solchen komplexen Sachverhalten umzugehen“, sagte Freimuth. Mit dem Einschalten einer Investmentbank sei der erste Schritt eingeleitet worden, um in Besonnenheit und zum Wohle des Landes verantwortungsvoll zu entscheiden. Als konzeptionslos und schädigend bezeichnete sie hingegen die Forderung der Opposition, die WestLB besser heute als morgen nach Baden-Württemberg zu „verpflanzen“. Denkverbote dürfe es nicht geben. „Deswegen müssen wir beispielsweise auch eine vertikale Vernetzung zwischen Sparkassen und WestLB prüfen“, so die Abgeordnete.

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) lehnte eine schnelle Fusion mit der LBBW ab. Auch den Verlustvortrag der WestLB ließ er als Argument für eine rasche Entscheidung nicht gelten. Zwar sei nicht auszuschließen, dass die Nutzung des Verlustvortrags durch eine Steuerrechtsänderung erschwert werde. Dies dürfe aber keinen Vorrang vor einer „tragfähigen Zukunftslösung“ haben. Dabei dürfe es keine Denkverbote geben. Fest stehe: „Wir brauchen eine starke Bank mit Sitz in NRW und wir brauchen die Arbeitsplätze hier bei uns.“ Mögliche Partner der WestLB müssten dies akzeptieren. Weiter kündigte der Minister an, die Novelle des Sparkassengesetzes noch offenzuhalten, bis eine Richtungsentscheidung bei der WestLB gefallen ist.

Rüdiger Sagel (fraktionslos) forderte, sämtliche Privatisierungs- oder Vertikalisierungspläne fallen zu lassen. Stattdessen müssten alle öffentlich-rechtlichen Optionen erwogen und der Erhalt der WestLB als eigenständige Landesbank geprüft werden. Auch einer raschen Fusion mit der LBBW widersprach er; Arbeitsplätze und Standorte würden dadurch gefährdet. ■

Foto: Schälte

# Keine Einbahnstraße

## Interview mit Harald Schartau, Vorsitzender der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe



**Herr Schartau, 18 Millionen Nordrhein-Westfalen und 1,3 Milliarden Chinesen – ist da gleichberechtigte Partnerschaft möglich?**

Ich halte wenig davon, im aufstrebenden China eine Bedrohung für unser Land zu sehen. Ausschlaggebend für gleichberechtigte Partnerschaft ist weniger die Größe der Länder und die Anzahl seiner Einwohner, als vielmehr die grundsätzliche und beiderseitige Bereitschaft, mit unterschiedlichen Völkern und Kulturen in einen Dialog zu treten. Voraussetzung ist eine gegenseitige Neugier, Probleme kennenzulernen und Erfahrungen auszutauschen. Meistens ist es einfacher, Anknüpfungspunkte im wirtschaftlichen Bereich zu finden, da es hier um materielle Lebensbedingungen geht. Doch die Deutsch-Chinesische Gruppe ist insbesondere daran interessiert, auch die parlamentarisch-politischen Kontakte und den Austausch auszubauen und zu festigen. Noch wird China zentral geführt, doch die Dezentralisierung wird in den kommenden Jahren voranschreiten. Hier können wir NRW-Parlamentarier insbesondere unseren drei Part-

nerprovinzen mit Rat und Tat beiseite stehen. Dabei dürfen wir uns nur nicht einbilden, wir könnten den Chinesen mit erhobenem Zeigefinger etwas beibringen.

**Wie können die nordrhein-westfälische Politik und die Wirtschaft Beziehungen zu China knüpfen, die für beide Seiten lohnend sind?**

Die Kontakte der NRW-Wirtschaft zu China haben eine lange Tradition. Mir, und da spreche ich wohl auch im Sinne der Parlamentariergruppe, geht es insbesondere darum, dass wir die guten und zweifellos auch lohnenden wirtschafts- und umweltpolitischen Kontakte, die das Land zu China bereits unterhält, künftig auch auf andere Politikfelder ausweiten. Dabei sollten Fragen der Politikgestaltung in den Provinzen im Fokus stehen: Beispielsweise sollte es darum gehen, wie Volkes Meinung in die Beratungen des Nationalen Volkskongresses einfließen kann und welche Rechte den Mitgliedern des Volkskongresses zugestanden werden. Hier kann NRW helfend zur Seite stehen. Wir sollten jedoch immer darauf achten, dass der Prozess des Voneinander-Lernens nicht zu einer Einbahnstraße verkommt.

**Welchen Beitrag leistet die Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe zur Förderung der beiderseitigen Verständigung?**

Die Parlamentariergruppe ist noch jung und verfügt nicht über große Ressourcen. Aber sie setzt sich zusammen aus engagierten Abgeordneten aller vier Landtagsfraktionen, die ein großes Interesse an chinesischen Zusammenhängen

eint. Konkret geht es darum, mit den chinesischen Repräsentanten hier in Deutschland und NRW in Kontakt zu kommen, diesen auszuweiten und zu pflegen sowie neue Entwicklungen wie die Gründung des Konfuzius-Instituts in Düsseldorf in Augenschein zu nehmen. Darüber hinaus plant die Gruppe im nächsten Jahr eine Chinareise, um sich vor Ort mit den Mitgliedern des Nationalen Volkskongresses der NRW-Partnerregionen auszutauschen. Das ist ein Beitrag, der für die Langfristigkeit der Beziehungen von NRW zu den chinesischen Provinzen sicherlich von Bedeutung sein wird.

**Die Fragen stellen Jürgen Knepper und Axel Bäumer**

## Verbindungsleute

Das Präsidium des Landtags Nordrhein-Westfalen hat in der 14. Wahlperiode die Einrichtung von sechs Parlamentariergruppen beschlossen.

### Deutsch-Polnische Parlamentariergruppe

- Vorsitz Regina van Dinker (CDU), Landtagspräsidentin
- stv. Vorsitz Hubertus Kramer (SPD)
- Assistenz Dr. Florian Melchert

### Deutsch-Israelische Parlamentariergruppe

- Vorsitz Edgar Moron (SPD), 1. Landtagsvizepräsident
- stv. Vorsitz Sylvia Löhrmann (GRÜNE)
- Assistenz Frank Schlichting

### Deutsch-Türkische Parlamentariergruppe

- Vorsitz Oliver Keymis (GRÜNE), 2. Landtagsvizepräsident
- stv. Vorsitz Wolfgang Röken (SPD)
- Assistenz Susanne Stocks (kommissarisch)

### Deutsch-Amerikanische Parlamentariergruppe

- Vorsitz Angela Freimuth (FDP), 3. Landtagsvizepräsidentin
- Assistenz Jutta Schönau

### Deutsch-Baltische Parlamentariergruppe

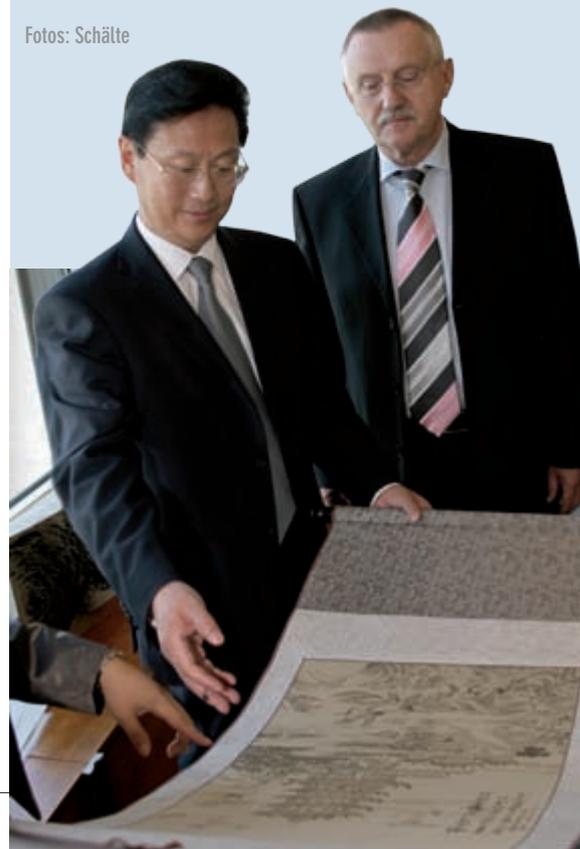
- Vorsitz Werner Jostmeier (CDU)
- stv. Vorsitz Wolfram Kuschke (SPD)
- Assistenz Sabine Arnoldy

### Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe

- Vorsitz Harald Schartau (SPD)
- stv. Vorsitz Ilka von Boeselager (CDU)
- Assistenz Thomas Wilhelm

Vertiefte Kontakte zu unserem Land waren Ziel des Besuchs des Vizeregensekretärs der Kommunistischen Partei der chinesischen Provinz Hubei, Yang Song. Auf dem Bild überreicht der Politiker Landtagsvizepräsident Edgar Moron (r.) ein Geschenk, nachdem er sich zuvor in das Gästebuch des Landtags eingetragen hatte. Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Werner Jostmeier, ließ sich die Begleitung des Gasts durch das NRW-Programm nicht nehmen. Yang Song, seine Delegation und seine Gastgeber unterstrichen ihr gemeinsames Interesse am gegenseitigen kulturellen Austausch und an der Zusammenarbeit bei Wirtschafts-, Umwelt- und Agrarfragen.

Fotos: Schälte



# Schlag auf Schlag

## „Landtag intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Marie-Luise Fasse (CDU)



Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD)

### Die Volksrepublik China ist für Nordrhein-Westfalen ...

ein zentraler Absatzmarkt in Asien mit einem Handelsvolumen von 19 Milliarden Euro im Jahr 2006.

ein wichtiger Exportmarkt zum Beispiel für den Maschinen- und Anlagenbau, die Bergbautechnologie und die Energietechnik sowie ein bedeutendes Importland. Für einzelne Firmen aus NRW ist China der umsatzstärkste Markt in Asien mit großen Wachstumspotenzialen.

### Ein Mittelständler aus NRW hat auf dem chinesischen Markt Erfolg, wenn ...

er fast konkurrenzlose Produkte, besonders in Wachstumsbranchen wie Umwelttechnologie, Wasserwirtschaft, Bergbautechnik und Energieerzeugung, anbieten kann.

es ihm gelingt, Partner für seine qualitativ exzellenten Produkte zu gewinnen, seine Rechte zu sichern, sich schnell auf die kulturellen und regionalen Besonderheiten des Landes sowie die enorme Geschäftstüchtigkeit der Chinesen einzustellen.

### Der enorme Energiehunger der Chinesen ist für unser Land ...

gerade auf dem Gebiet der Bergbau- und Energietechnik, der ganz erheblich ausgebaut werden soll, ein interessanter Zukunftsmarkt.

Chance und Problem zugleich. Dem Energieland NRW bieten sich Chancen, zum Beispiel effiziente Kraftwerkstechnologie und energiesparende Produkte zu exportieren. Der Energiehunger führt andererseits für uns zu Ressourcenverknappungen und zu Preissteigerungen.

### Klimaschutz ist in China ...

nach Veröffentlichung des Dritten Weltumweltberichts im Mai dieses Jahres noch stärker thematisiert worden und führt bei den Bürgerinnen und Bürgern, innerhalb des Volkskongresses und der Umweltbehörden zum Umdenken.

ein Riesensproblem. Umweltzerstörung kostet das Land jährlich fünf bis acht Prozent seiner Wirtschaftsleistung. Die Regierung antwortet mit strengen Gesetzen zum Umweltschutz. Das eröffnet NRW-Unternehmen Möglichkeiten, sich in der Umwelttechnologie einzubringen.

### Das Engagement der Bundeskanzlerin für Menschenrechte in China ...

ist für mich eine Selbstverständlichkeit und sollte für Politiker anderer Länder bei Chinabesuchen in Zukunft beispielhaft sein.

halte ich für unverzichtbar. Trotz wirtschaftlichem Aufstieg und der Öffnung Chinas, gibt es Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung von Minderheiten und ein spannungsgeladenes soziales Gefälle. Darauf öffentlich aufmerksam zu machen, ist notwendig.

### Von meinem Chinabesuch habe ich die Erfahrung mitgebracht, ...

dass deutsche Spitzentechnologie dort einen hervorragenden Ruf genießt. Auch die 20-jährige gute Zusammenarbeit mit dem Land Nordrhein-Westfalen im Bereich des erfolgreichen Stipendiatenprogramms sollte intensiviert werden.

die wirtschaftliche Entwicklung des Landes unterschätzt zu haben. Gemessen an persönlichen Eindrücken vor 30 Jahren, beeindruckt heute positiv das Wachstum der Städte, die Verkehrsinfrastruktur aber auch negativ das bestehende Stadt-Land-Gefälle.

### Für Chinesen ist Nordrhein-Westfalen ...

in den vergangenen Jahren mit zurzeit 400 Firmen zu einem zentralen Standort bei der Gründung chinesischer Unternehmen im Ausland geworden.

ein Investitionsstandort und eine Brücke nach Europa. Laut „Wirtschaftswoche“ sind in NRW zirka 450 chinesische Unternehmen angesiedelt. Sie schätzen das nordrhein-westfälische Know-how. Technologie „made in NRW“ hat in China einen guten Ruf.

Holger Ellerbrock (FDP)



Johannes Rimmel (GRÜNE)



ein zukunftsreicher Handelspartner.

seit über 20 Jahren ein Partnerland, das wichtiger wird auf allen Ebenen, ökologisch, wirtschaftlich und politisch. Der Austausch muss in beide Richtungen deutlich ausgeweitet werden. Doch leider fährt die Landesregierung trotz einstimmiger Landtagsbeschlüsse die Partnerschaft auf Sparflamme und hat Mittel gekürzt.

er sich mit anderen zusammenschließt, einen langen „Atem“ hat sowie gute Qualität und Service vor Ort liefert.

es gelingt, gemeinsam mit dem Land Strukturen zu schaffen, die ein gemeinsames Agieren in China ermöglichen. Präsenz ist hier das A und O. Dazu könnten wir die langjährig aufgebauten Kontakte des Landes noch viel besser nutzen.

eine Chance, umweltschonende und energieeffiziente Anlagen zu exportieren und so langfristig orientierte Handelsbeziehungen zu vertiefen.

Herausforderung, Anreiz und Chance zugleich. Auch im Interesse des Weltklimas muss China den rasanten Anstieg stoppen. China will 20 Prozent erneuerbare Energien und hat das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz adaptiert. Unsere Spitzenstellung in NRW kann dort erneuerbare Energien und Energie-Effizienz-Technik zum Exportschlager machen.

ein Wachstumsmarkt mit zunehmender Bedeutung.

im Rahmen der aktuellen Umweltdebatte auch in China ein Top-Thema. Und das nach Jahren der reinen Orientierung auf Wirtschaftswachstum. Man darf aber nicht vergessen, dass wir in Deutschland pro Kopf immer noch zweieinhalbmal mehr CO<sub>2</sub> verbrauchen als in China. Hier müssen auch wir beweisen, dass es mit weniger CO<sub>2</sub> funktioniert.

ist zu begrüßen, denn Menschenrechte sind unteilbar und gelten überall.

hat richtige Ansätze. Die Menschenrechte müssen immer angesprochen und thematisiert werden. In dem Zusammenhang hat auch der Rechtsstaatsdialog eine Bedeutung. Es gilt aber auch, durch intensiven Austausch auf den anderen Ebenen bei Themen der Presse und Medien, der Zivilgesellschaft und Demokratisierung den Dialog zu suchen.

dass die dortige tatsächliche Entwicklung die Vorstellungskraft vieler Europäer übersteigt.

dass die ökologische Frage eine zentrale ist. NRW darf die Entwicklung auch aus eigenem Interesse nicht verschlafen. Bärbel Höhn hat China öfters besucht und wichtige Projekte angestoßen. Doch weder der neue Umweltminister Uhlenberg noch sein Staatssekretär haben bisher den Weg dorthin gefunden.

ein kleines Land in Westeuropa, mit dem aufgrund des vorhandenen technischen Know-hows Kooperationen sinnvoll sind.

ein Land mit Vorbild-Charakter, das für viele Problemlagen und Technologien noch die besten Lösungen anbieten kann. Das ist aber nicht selbstverständlich. Wir brauchen daher selber hohe und ehrgeizige ökologische Standards, um Spitze zu sein, und dürfen darin nicht nachlassen.

Schlag auf Schlag

**Idee und Umsetzung:**  
Jürgen Knepper und  
Axel Bäumer

## Mit der Welt vernetzt

### Sechs parlamentarische Gruppen knüpfen internationale Kontakte

In Anwesenheit von Vertretern Polens, Tschechiens, der Slowakei und Ungarns sowie von Landtagspräsidentin Regina van Dinter fand soeben die Gründung der Visegrád-Gruppe statt. Sie steht unter Leitung von Horst Westkämper (CDU, links). Zwischen ihm und der Landtagspräsidentin sind versammelt der ungarische Gesandte Zsolt Bota, der slowakische Botschafter Ivan Korcook, Konsul Dr. Dusan Vojtisek (Tschechien) und der polnische Vizekonsul Jakob Wawrzyniak. Ganz rechts im Bild Günther Slawik. Foto: Schälte

*Nordrhein-Westfalen mit seiner geographischen Lage und seiner wirtschaftlichen Kraft ist ein zentraler Standort in Europa. Nimmt man mit Duisburg den größten Binnenhafen und mit Düsseldorf einen Flughafen für rund acht Millionen Menschen dazu, so ist das Land auch internationaler Knotenpunkt mit weltweiten Verbindungen.*

Die Menschen und die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens sind also mit der ganzen Welt vernetzt. Und die Politik? Die NRW-Landesregierung hat ein eigenes Ressort für Europaangelegenheiten mit Sitz im Stadttor am Rhein. Das Land hat eine rührige Vertretung bei der EU in Brüssel. Seinen europäischen Partnerregionen wie Nord-Pas de Calais (Frankreich), Schottland oder Schlesien misst das Land große Bedeutung zu. Auch in die neu hinzugekommenen Länder der EU, wie das Baltikum, unterhält NRW enge Beziehungen.

In dieser Wahlperiode sind sechs Gruppen auf Beschluss des Landtagspräsidiums initiiert worden. Manche – wie die Deutsch-Baltische – sind neu, andere wie die Deutsch-Israelische, existieren schon seit einigen Legislaturperioden. Die Gruppen zählen an die 20 Abgeordnete. Der oder die Vorsitzende ist bei vier der Gruppen ein Mitglied des Präsidiums, bei zwei Gruppen ist es ein langjähriges Mitglied des Landtags.

Parlamentariergruppen sind Zusammenschlüsse von Abgeordneten aller Fraktionen, die sich den Kontakten mit den Partnerländern oder Partnerregionen widmen. Sie legen das Gewicht ihrer Arbeit auf den politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Austausch zwischen NRW und der Welt.

Die Parlamentariergruppen treffen sich in kooperativer Atmosphäre, koordinieren die Arbeit und planen Zusammenkünfte und Austauschveranstaltungen mit Konsulaten, Wirtschaftsvertretern oder Experten des jeweiligen Partnerlands. So traf sich jüngst die Deutsch-

Amerikanische Gruppe mit dem kanadischen Konsul und diskutierte über das Bildungssystem in Kanada. „Brücken bauen zwischen Ost und West“ war der Titel des Vortrags von Professor Dr. Hans Süßmuth im Rahmen eines Treffens der Deutsch-Polnischen Gruppe in Köln.

#### PARTNERREGIONEN

Diesem Motto entsprechend fördern die Deutsch-Polnische und die Deutsch-Baltische Gruppe den Kontakt zwischen West- und Osteuropa. Im August vergangenen Jahres besuchte der Präsident des polnischen Parlaments (Sejm) den Landtag. Er betonte dabei die Bedeutung der Städte- und Schulpartnerschaften zwischen Nordrhein-Westfalens und der Partnerregion Schlesien. Die dynamische außenwirtschaftliche Beziehung zwischen dem Baltikum und NRW sei ein Zugewinn für beide Regionen im vereinten Europa, betonte der ehemalige Bundesminister für Bauen und Verkehr, Kurt Bodewig, auf einem gemeinsamen Treffen der Deutsch-Baltischen und Deutsch-Polnischen Gruppe. Inzwischen hat sich in der Deutsch-Polnischen eine Arbeitsgruppe gegründet. Unter der Bezeichnung „Visegrád-Gruppe“ erweitert sie das Tätigkeitsfeld um die Länder Tschechien, Slowakei und Ungarn. Zur Erinnerung: Im ungarischen Visegrád vereinbarten diese drei Länder, die seit den 1990er Jahren in die EU und NATO strebten, eine enge Zusammenarbeit untereinander sowie mit der Europäischen Gemeinschaft.

Räumlich weiter führen andere Brücken, die mit der Einrichtung der Parlamentariergruppen durch das Landtagspräsidium geschlagen wurden.

Zahlreiche Besuche nach Israel und aus Israel beschreiben die besondere Verbindung von NRW mit dem Land im Nahen Osten. Ein reger Austausch, vor allem zwischen jungen Israelis und Deutschen, hat längst eingesetzt. Zur Herzensangelegenheit sind die Besuche geworden, die Politikerinnen und Politiker aus Landtag und Landesregierung immer wieder in das bedrohte Land führen.

In der letzten Wahlperiode ist die Deutsch-Türkische Parlamentariergruppe ins Leben gerufen worden. Ihr gehören rund 15 Abgeordnete an. Themen wie die Deutsch-Türkische Stiftungsuniversität in Istanbul oder die Kulturhauptstadt Istanbul, die 2010 als Nicht-EU-Mitglied neben Essen kulturelles Zentrum Europas sein wird, beschäftigen diese Abgeordnetenrunde.

Sichuan, Shanxi und Jiangsu sind die Partnerregionen Nordrhein-Westfalens in China. Der wirtschaftliche und politische Riese China ist an guten Kontakten zu unserem Land interessiert, für NRW gilt dieses Interesse genauso. Vor kurzem sind Mitglieder des Umweltausschusses und der Wirtschaftsausschusses nach zahlreichen Gesprächen und Terminen vor Ort mit vielen neuen Eindrücken und Erkenntnissen aus der Volksrepublik zurückgekehrt. Die Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe des Landtags hat also viel Stoff für ihre nächsten Zusammenkünfte und Planungen. JF

# Opposition sieht „Sittengemälde“

## Kinderforum und Redenschreiber – zwei Themen im Hauptausschuss

„Wenn man annehmen würde, Nordrhein-Westfalen sei eine Mannschaft, dann wäre der Ministerpräsident ja wohl der Kapitän und die Kinder Teil der Mannschaft. Ist der Ministerpräsident, der Kapitän, denn auch für uns Kinder da?“ Diese Frage eines neunjährigen Jungen am 11. September auf dem Kinderforum der Landesregierung, an Ministerpräsident Jürgen Rüttgers gerichtet, sorgte für Furore.

Im Fernsehen hörte sich das Weitere im Bericht über die Veranstaltung so an. Sprecherin: „Rüttgers fiel die Antwort leicht, weil der Neunjährige der Sohn des Sprechers der Schulministerin ist. Der Kleine war von mehreren Regierungsmitgliedern vorbereitet und mit abgesprochenen Fragen versorgt worden. Für das Auswendiglernen von Erwachsenenfragen bekam der Junge dann sogar ein Taschengeld.“

Die GRÜNE-Fraktion sah in diesem Teil des Kinderforums eine „die Öffentlichkeit täuschende Inszenierung der Rüttgers-Politik“. Sie beantragte zur Klärung eine Aktuelle Viertelstunde im Hauptausschuss. Die Fraktionsvorsitzende Sylvia Löhrmann fragte nach dem Wahrheitsgehalt weiterer Zeitungsberichte, in denen von einer „Inszenierung“ und von einem „Drehbuch“ die Rede war, um einen guten Eindruck vom Ministerpräsidenten herzustellen. Wenn das nicht stimme, wo blieben da Ersuchen der Landesregierung auf Gegendarstellung? Und wenn es stimme, würden dann personalrechtliche Konsequenzen für die Beteiligten erwogen?

So jedenfalls glaubte die Abgeordnete, wie sie sagte, „ein Sittengemälde des Regierungsstils von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers“ zu erkennen.

Löhrmanns Oppositionskollege, der SPD-Abgeordnete Wolfram Kuschke, griff das Bild auf: Was das „Sittengemälde“ angehe, so habe er eher den Eindruck, dass hier am Drehbuch für eine „Doku-Soap“ und nicht für eine „lebendige und spontane Begegnung mit Kindern“ gearbeitet worden sei. Ob der Ministerpräsi-

dent in die Vorbereitung des Kinderforums einbezogen gewesen sei, wollte er wissen.

Das sei sicher nicht der Fall gewesen, konstatierte die CDU-Abgeordnete Ilka von Boeselager. Als ehemaliger Minister müsste das der Abgeordnete Kuschke eigentlich wissen, fand sie. Überhaupt sollte man mit Unterstellungen dieser Art sehr vorsichtig sein. „Mit solchen Beschimpfungen schaden wir uns selber in der Demokratie“, gab sie zu bedenken. Das neunjährige Kind habe nicht im Mittelpunkt der Veranstaltung gestanden, es hätten „zig Foren mit vielen Kindern“ stattgefunden.

Dr. Marion Gierden-Jülich, Staatssekretärin im Jugendministerium, machte darauf aufmerksam, der Ministerpräsident habe sich in einer Diskussionsrunde mit 18 Jugendlichen und sechs Schulreportern befunden. Da könne man nichts vorbereiten oder Fragebögen unter den Kindern verteilen, wie gemutmaßt worden sei.

Das Forum sei vorbereitet worden wie jede Veranstaltung, an der der Ministerpräsident teilnimmt. Der habe zum Beispiel wie üblich zur eigenen Information einen Ablaufplan der Veranstaltung erhalten. 100 Euro Taschengeld seien gezahlt worden, ja, aber das habe auch die Reisekosten des Jungen decken müssen.

Zu den erwähnten personalrechtlichen Konsequenzen gebe es keine Veranlas-

sung, fuhr die Staatssekretärin weiter fort, auch Ersuchen der Regierung auf Gegendarstellung gebe es nicht. Warum? Gierden-Jülich verwies auf die höchst unterschiedlichen und in ihren Augen nicht immer zutreffenden Darstellungen in den Medien zum Kinderbildungsgesetz (KiBiz). Um die richtig zu stellen, „hätten wir unser Justizariat verzehnfachen müssen“. Dass die am Forum teilnehmenden Jugendlichen nicht ausgewählt worden sind, habe jeder sehen können: „Die schwenkten sogar Fähnchen gegen das KiBiz“, erklärte sie.

Aktuelle Viertelstunde – Ausschussvorsitzender Werner Jostmeier (CDU) legte diese Zeitvorgabe großzügig aus und ließ im Interesse einer Klärung so viele Fragen der Abgeordneten und Antworten der Landesregierung zu, dass die enge Zeitkorsett deutlich überzogen wurde. Fand sich doch eine weitere Aktuelle Viertelstunde auf dem Programm, eine von der SPD beantragte. Dabei ging es um die „Redenschreiber-Affäre“ in der Staatskanzlei. Im Mittelpunkt standen hier die tarifrechtlichen Rahmenbedingungen für Nebentätigkeiten. Es ging ebenso um die Freiheit zur politischen und publizistischen Betätigung, um die Treuepflicht von Beschäftigten gegenüber dem Dienstherrn und um dessen Möglichkeiten, solche Nebentätigkeiten zu überprüfen und gegebenenfalls zu unterbinden. Die seien inzwischen sehr begrenzt, erläuterte Dr. Gerhard Papke (FDP) und fand dafür Zustimmung bei Minister Michael Breuer (CDU). Auch bei diesem aktuellen Tagesordnungspunkt blieb es im Interesse der Debatte nicht bei einer Viertelstunde. JK

Eine Sitzung mit viel Gesprächsstoff (v.l.): Ausschussvorsitzender Werner Jostmeier, Minister Michael Breuer (beide CDU) und SPD-Sprecher Wolfram Kuschke.

Foto: Schälte





## Gegenbesuch

Nach der ausführlichen Information des Wissenschaftsausschusses über das Hochschulmanagement vor Ort in Kanada unterrichtete sich jetzt der Botschafter dieses nordamerikanischen Landes im Landtag über die NRW-Hochschul- und Forschungslandschaft. Botschafter Paul Dubois (2.v.l.) trug sich beim Empfang durch Landtagsvizepräsident Oliver Keymis (2.v.r.) in das Gästebuch des Parlaments ein. Mit dabei der Ausschussvorsitzende Ewald Groth (l.) und Karl Schultheis (r.), Sprecher der SPD im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie. Foto: Schälte

## Von Stärken und Schwächen

### Schulpraktiker berichteten über Erfahrungen mit Qualitätsanalysen

*In der Wirtschaft sind Qualitätsanalysen ein übliches Verfahren, Unternehmen durch externe Experten bewerten zu lassen. Seit dem Schuljahr 2006/2007 müssen sich auch die nordrhein-westfälischen Schulen einer Überprüfung ihrer Qualität unterziehen. Knapp ein Jahr nach Beginn der Befragungen durch die beauftragten Qualitätsprüfer lud der Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) zahlreiche Vertreter von Lehrern, Eltern und Schülern zu einer öffentlichen Anhörung ein. Im Landtag berichteten die Gäste über ihre eigenen Erfahrungen mit dem Analyseverfahren.*

Grundsätzlich begrüßten alle Vertreterinnen und Vertreter das Ziel, durch Analysen die Bildungsqualität verbessern zu wollen. Allerdings griffen sie in ihren Stellungnahmen einige „Schwachstellen“ auf, die sich in der praktischen Umsetzung gezeigt hätten. So erklärte Horst Wenzel von der LandeschülerInnenvertretung, dass der standardisierte Fragebogen die schulischen Aktivitäten außerhalb des Unterrichts nicht ausreichend berücksichtige. „Schule ist mehr als nur Unterricht“, so Wenzel. „Wir benötigen klare Checklisten, die auch danach fragen, ob es an den Schulen Theater AGs, zusätzliche Sportangebote oder Schülerzeitungen gibt.“

Deutlich sprachen sich die Praktiker dagegen aus, die Ergebnisse der Analyse zur Aufstellung öffentlich einsehbarer Ranglisten zu verwenden. „Das halte ich für sehr bedenklich“, meinte Hans-Gerd Scheidle vom nordrhein-westfälischen Landesverband Bildung und Erziehung (VBE). Er berichtete von Fällen, in denen schlechte Analyseergebnisse in der örtlichen Presse veröffentlicht worden wären. „Durch Rankings gewinnen wir keinen einzigen Schüler dazu“, sagte Stephanus Stritzke,

Leiter der Geschwister-Scholl-Hauptschule Ahlen. Die anfängliche Skepsis gegenüber der Analyse sei jedoch in der Praxis schnell positiven Erfahrungen gewichen. Der Besuch der Prüfer sei von der Schulgemeinde als „angenehme Situation“ empfunden worden. „Jetzt kennen wir die Schwächen, die wir haben, und die Stärken, auf die wir stolz sein können“, so Stritzke.

#### MOTIVATION

Die Schulvertreter bekräftigten ihre Forderung, die Unterstützung von Schulen mit schlechten Ergebnissen etwa durch mehr Personal und Sachressourcen auszubauen. „Eine Qualitätsanalyse kann nur so gut sein wie ihre Nachsorge“, gab Peter Silbernagel vom Philologenverband NRW zu Protokoll. In diesem Sinne schlug Gabriela Custodis von der Landeselternschaft der Gymnasien vor, Unterstützungsnetzwerke für schlechte Schulen einzurichten. Die Qualitätsanalyse sei eine Motivation für die Schulen, ihr Bildungsangebot zu verändern. Die Expertinnen und Experten äußerten außerdem

den Wunsch, die Qualitätsanalysen stärker auf das individuelle Umfeld der Schulen abzustimmen. „Man kann eine gute Schule nicht daran messen, wie viele Abgänger zum Gymnasium oder wie viele Wiederholer es in einer Klasse gibt“, verdeutlichte Monika Isemann, Leiterin der Grundschule Radewig in Herford. Ihr Kollegium hätte viel Zeit in die Einrichtung offener Ganztagsangebote investiert.

Diese allerdings wären in der Analyse nicht berücksichtigt worden. „Wir fühlen unsere Arbeit an dieser Stelle nicht ernst genommen“, sagte Isemann. Für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) äußerte Andreas Meyer-Lauber die Sorge, die Einführung von Qualitätsprüfungen sei lediglich eine „halbe Reform“, da die didaktische Qualität des Unterrichts nicht erfasst werde. Zudem sei der zeitliche Mehraufwand für die Lehrkräfte nicht ausreichend bedacht worden. „Allein für die Vorbereitung der Inspektionen benötigen Schulen mindestens einen Monat Zeit, die dann nicht mehr für andere Aktivitäten zur Verfügung steht“, rechnete Meyer-Lauber den Ausschussmitgliedern vor. Für den Schulleiterverband NRW bemängelte Wolfgang Saupp, dass die Qualitätsprüfer im Auftrag der Schulaufsicht tätig sind. „Davon halten wir nichts“, sagte Saupp und forderte das Schulministerium auf, durch eine langfristige Ausbildung einen unabhängigen Personenkreis für die Qualitätsanalysen zu erschließen.

Auf großes Interesse bei den Abgeordneten stieß auch die Stellungnahme des niederländischen Schulinspektors Drs. Paul Dovermann, der von der Analysepraxis aus dem Nachbarland berichtete. Eine Veröffentlichung der Schulranglisten sei in den Niederlanden gang und gäbe. „Schwache Schulen haben natürlich das Gefühl, an den Pranger gestellt zu werden“, so Dovermann. „Aber damit ist auch die Motivation verbunden, kontrolliert nachzubessern.“

SW

# Mehr Sicherheit durch mehr Erziehung

## Experten diskutieren Regelungen für Jugendstrafvollzug

*Nicht erst seit der Tragödie von Siegburg steht er im Blickpunkt: der Jugendstrafvollzug. Bereits im Mai 2006 hatte das Bundesverfassungsgericht allen Ländern aufgegeben, bis Ende 2007 spezielle Regelungen für die Unterbringung jugendlicher Straftäter zu entwickeln. Dem Landtag NRW liegen dazu derzeit vier Papiere vor.*

Sowohl die Landesregierung (Drs. 14/4412) wie die Fraktion der Grünen (Drs. 14/4236) haben dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt. SPD (Drs. 14/2864) sowie CDU und FDP (14/2875) jeweils Eckpunktepapiere. Unterschiede aber auch Gemeinsamkeiten, Vorbildliches sowie Verbesserungsfähiges arbeiteten Experten aus Wissenschaft und Praxis jetzt mit den Fachpolitikern im Rechtsausschuss (Dr. Robert Orth, FDP) und dem Ausschuss für Generationen, Familie und Integration (Andrea Milz, CDU) heraus.

Lob gab es unter anderem vom Bund der Strafvollzugsbediensteten: „Die Entwürfe unterscheiden sich wohlthuend von dem, was in anderen Ländern gemacht wird“, sagte der Landesvorsitzende Klaus Jäkel und hob den Ansatz „Sicherheit durch Erziehung“ in Abgrenzung zu einem „härteren Vollzug“ hervor. Auch der Herforder Richter Helmut Knöner bewertete beide Entwürfe mit „gut“. Es gehe darum, die Gefangenen zu stärken, ihnen beispielsweise bei Disziplinar- oder Bewährungsverfahren Begründungen schriftlich an die Hand zu geben, so Knöner, der das Verfassungsgerichtsurteil gemeinsam mit einem Gefangenen erstritten hat. Während ihm der Entwurf der Grünen an einigen Stellen dabei sogar überfrachtet erschien, hätte sich Dr. Holm Putzke vom Lehrstuhl für Kriminologie der Ruhr-Universität Bochum vom Entwurf der Landesregierung mehr Details gewünscht. Die Liste seiner zu

verbessernden „Kleinigkeiten“ – immerhin 30 Punkte lang. Insbesondere wünschte er sich „mehr zum Thema Fördern und viel weniger zum Fordern“. Gar als enttäuschend beurteilt Professor Michael Walter, Direktor des Kriminologischen Institutes der Uni Köln, den Entwurf: „Das Bundesverfassungsgericht wollte Klarheit, Sie bleiben oft unverbindlich.“

### PERSONAL

Beide Entwürfe haben ihre Stärken, konstatierte der Leiter der Justizvollzugsanstalt Herford, Friedrich Waldmann. Dabei sei der Regierungsentwurf in vielen Punkten innovativer und klarer als der der Opposition. Allerdings müsse die Landesregierung Ziele und Aufgaben klarer definieren. Das gelte auch beim Thema Wohngruppenvollzug, ergänzte der Bremer Rechtswissenschaftler Dr. Helmut Pollähne. Die im Regierungsentwurf vorgesehene – und von diversen Experten begrüßte – Mitwirkungspflicht lehnt er aus verfassungsrechtlichen Gründen ab. Hier sei die Betonung der Rechte, wie im Entwurf der Grünen, vorzuziehen. Zu sehr an den Pflichten und zu wenig an den Rechten der jungen Menschen orientiert, so die Kritik der freien Wohlfahrtsverbände, vertreten durch Uwe Becker. Insbesondere müsse man festhalten, „dass geschultes Personal ohne Schusswaffen auskommt“. Ein Passus im Gesetz, der bei

so manchem Experten für Aufregung sorgte. „Wir haben in der JVA überhaupt keine Waffen – allein schon aus Sicherheitsgründen“, relativierte Vollzugsbeamter Jäkel die Debatte.

„Endlich eine klare und verbindliche Regelung“, lobte auch Gertrud Schiewe (ver.di) den Regierungsentwurf, wünscht sich allerdings, hier bereits die Fortschreibung festzulegen – insbesondere des pädagogischen Konzepts. Stärker berücksichtigen möchte sie die jungen Erwachsenen (18 bis 24 Jahre) und die dazu notwendigen Personalschlüssel: Mindestens je ein Sozialarbeiter, ein Pädagoge und ein Vollzugsbeamter pro maximal 35 Jugendliche und Wohngruppengrößen idealerweise zwischen zwölf und 16 Insassen. Ähnlich wie die meisten anderen Fachleute lehnt auch Schiewe Haftanstalten mit deutlich mehr als 200 Insassen – wie derzeit geplant – ab: zu unübersichtlich und damit für eine zielgenaue Förderung ungeeignet.

Die Qualität des Personals machte Professor Philipp Walkenhorst Sorgen. Er plädierte für eine „grundständige Ausbildung für den Jugendstrafvollzug“. „Wir brauchen die Besten, ein blitzgescheites Personal, das fest auf dem Boden des Grundgesetzes steht“, machte er deutlich. Dies sei nicht immer und überall der Fall. Gerade die Engagierten gelte es zu stärken. Ein entsprechendes Konzept, so Walkenhorst, werde am Wuppertaler Ausbildungsinstitut gerade erarbeitet. Ohne Mehrkosten werde all das aber kaum Realität werden, so am Ende das Fazit von Albert Thüssing, Vorsitzender des ehrenamtlichen Beirats der JVA Siegburg. So sinnvoll die einzelnen Maßnahmen auch seien, berichtete er von einer kaum zu überschauenden Flut von Anforderungen, denen sich die Beiräte derzeit gegenüber sehen.

Kritik – sozusagen außer der Reihe – gab es seitens der Landesdatenschutzbeauftragten: Deren Stellvertreter mahnte unter anderem fehlende Regelungen zu Gefangenenpersonalakten, der automatisierten Datenverarbeitung bei der zentralen Vollzugsdatei, zu deren Inhalten und Zugriffsrechten an. vok

## Hunderttausende ...

... feierten in diesem Jahr den 17. Tag der Deutschen Einheit. Beim zentralen Festakt im Schweriner Staatstheater, an dem als Vertreterin Nordrhein-Westfalens Landtagspräsidentin Regina van Dinther teilnahm, nannte Bundestagspräsident Norbert Lammert Einigkeit, Recht und Freiheit in Deutschland die eigentlichen Errungenschaften des 3. Oktober 1990. Als vollen Erfolg wertete der Gastgeber, Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident und Präsident des Bundesrats, Dr. Harald Ringstorff, die zweitägigen Feierlichkeiten rund ums Schweriner Schloss, dem Sitz des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern. Der NRW-Landtag nutzte die Gelegenheit, um sich den vielen Gästen vorzustellen. Unser Bild zeigt NRW-Landtagspräsidentin Regina van Dinther (r.) zusammen mit dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen (M.) und dessen Frau (L.), die in Schwerin ihren Geburtstag beging.

Foto: Kling



Zeit für Gespräche – vor allem Anhörungen im Landtag bieten Parlamentariern und Sachverständigen Gelegenheit zum gegenseitigen Austausch. Hier die Ausschussvorsitzende Marie-Luise Fasse (CDU) zu Beginn des Hearings im Plenarsaal. Foto: Schälte

kaum abschätzbar. Die Trinkwasserkommission des Bundesgesundheitsministeriums analysiere zurzeit die möglichen Folgewirkungen der Anlagen, die im Erdreich oft mehrere Wasserschichten durchstoßen.

#### HOCHWASSERSCHUTZ

In den Fokus der Experten gerieten außerdem die gesetzlichen Änderungen zu Überschwemmungsgebieten in direkter Flussnachbarschaft, mit denen die Bevölkerung im Ernstfall vor Hochwasser geschützt werden soll. So können nach der Gesetzesänderung neue Bauprojekte in Überschwemmungsgebieten ausnahmsweise zugelassen werden, wenn beispielsweise keine anderen Möglichkeiten zur Siedlungsentwicklung bestehen und auch bei Hochwasser keine baulichen Schäden zu erwarten sind. Das Thema Hochwasserschutz sei bei den Kommunen längst angekommen, versicherte in diesem Zusammenhang Dr. Peter Queitsch für den Deutschen Städtetag und den Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen. Der Trend gehe deutlich zur verstärkten Festsetzung neuer Überschwemmungsgebiete. „Diese Maßnahmen gibt es aber nicht zum Nulltarif“, stellte er klar. „Diese Sicherheit kostet selbstverständlich Geld.“ Umweltexperte Paul Kröfges forderte die Landesregierung zu konsequenterem Handeln auf. In NRW müssten deutlich mehr Überschwemmungsgebiete ausgewiesen werden. Zudem müssten neue Bauprojekte in den entsprechenden Gebieten verhindert und bestehende Bebauungen zurückgezogen werden.

Ulrich Peterwitz (Gelsenwasser AG) bezweifelte dagegen, ob dieses Vorgehen in der Praxis derart konsequent möglich sei. „Viele Betriebe sind abhängig von ihrer unmittelbaren Nähe zum Wasser und können nicht einfach verlagert werden“, meinte er. Gerade die mittelständischen Unternehmen müssten langfristige Existenzchancen an ihren bisherigen Standorten erhalten. Für den niederrheinischen Hochwasserschutzverband erklärte Angelika Steindor, der Gesetzentwurf verpasse wichtige Chancen, die gefährdeten Regionen besser vor Hochwasser zu schützen. Sie wünschte sich eine stärker länderübergreifende Zusammenarbeit und kritisierte, dass Schwachstellen des Hochwasserschutzes in NRW seit vielen Jahren bekannt seien, jedoch bislang kaum wirksame Maßnahmen dagegen ergriffen worden seien: Ihr Appell: „Wir dürfen nicht warten, bis die Katastrophe kommt.“

SW

## Überflüssiges im Wassergesetz

### Experten diskutieren über Änderungspläne der Landesregierung

*Gleich drei bestehende Gesetzeswerke will die Landesregierung mit ihrem „Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes, der Landesbauordnung und des Landesabfallgesetzes“ (Drs. 14/4835) reformieren. Der Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) veranstaltete zu dem geschnürten Reformpaket eine öffentliche Anhörung mit Experten.*

Mit ihrem Reformvorhaben möchte die Landesregierung besonders das noch im Mai 2005 ergänzte Landeswassergesetz auf eine exakte Umsetzung von EU- und Bundesrecht zurückführen und damit überflüssigen bürokratischen Verwaltungsaufwand zukünftig vermeiden. In der Anhörung beurteilten die Sachverständigen vor allem die zu erwartenden Folgen für die Wasserwirtschaft, die Trinkwassergewinnung und den Hochwasserschutz in Nordrhein-Westfalen.

Als Vertreter der Landesumweltverbände erklärte Paul Kröfges, der vorgelegte Gesetzentwurf stelle die Voraussetzungen für einen vorbeugenden Gewässerschutz infrage. So sieht das bisher gültige Landeswassergesetz bis Ende 2015 die Festsetzung von weiteren Wasserschutzgebieten vor, aus denen jährlich mindestens eine Million Kubikmeter Wasser zur öffentlichen Versorgung entnommen werden. Diese Bestimmung wird im geänderten Gesetztext aufgehoben.

„Viele andere Länder beneiden die Bundesrepublik Deutschland gerade um diese Wasserschutzgebiete“, wollte auch Dr. Ulrich Oehmichen von der nordrhein-westfälischen Arbeitsgemeinschaft der Wasserwirtschaftsverbände betont wissen. Allerdings unterstrich Ulrike Schell als Expertin der Landesverbraucherzentrale, dass durch die Reformpläne der Landesregierung die Wasserreserven auch in Zukunft im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher geschützt seien.

Auf ein anderes Problem der Neuregelungen wies Professor Dr. Martin Exner (Institut für Hygiene und Öffentliche Gesundheit der Universität Bonn) die Ausschussmitglieder hin. Er äußerte Bedenken zu dem gesetzgeberischen Vorhaben, die Zulassung von Erdwärmepumpen künftig im Verfahren zu erleichtern. „Das könnte möglicherweise erhebliche Einschränkungen für die Trinkwassergewinnung mit sich bringen“, erklärte er. So seien die Risiken von Erdwärmepumpen wissenschaftlich bislang

# Keine Einigung in Sicht

## CO-Pipeline: Über 300 Gäste verfolgen Mammut-Anhörung im Landtag

Selten waren die Standpunkte gegensätzlicher. Daran konnte auch die sechsstündige Anhörung im Umweltausschuss (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) kaum etwas ändern. Gegenstand der Debatte war der Bau einer 70 Kilometer langen Kohlenmonoxid-Pipeline des Bayer-Konzerns, welche die Chemieparks Dormagen und Krefeld-Uerdingen verbinden soll.



Dieter Donner

Werner Breuer

Der Anhörung war zunächst eine Geschäftsordnungsdebatte vorausgegangen. Die Opposition forderte eine Erklärung, warum Düsseldorfs Regierungspräsident Jürgen Büsow trotz Einladung nicht erschienen war. Laut Presseberichten hatte der Innenminister angeblich verfügt, dass Büsow nicht an der Sitzung teilnehmen solle. Johannes Remmel (GRÜNE) sprach von einem „skandalösen Vorgang“. Offensichtlich habe die Landesregierung der Bezirksregierung das Vertrauen entzogen und eine „Redeverbot“ erteilt.

Mit 20-minütiger Verzögerung begann schließlich die eigentliche Anhörung. Werner Breuer von der Bayer MaterialScience AG, die den Bau der Pipeline vornimmt, verteidigte das Projekt: Das Rohrleitungssystem werde nach höchsten Sicherheitsstandards gebaut, trage zur Versorgungssicherheit wichtiger Chemie- und

Produktionsstandorte bei und sichere somit Arbeitsplätze. Rückendeckung erhielt er von Hans-Jürgen Mittelstaedt vom Verband der Chemischen Industrie NRW. Eine gesicherte Versorgung mit CO sei eine wichtige Säule für den Erhalt der Kunststoffproduktion und der eng vernetzten Wertschöpfungsketten in NRW. Zudem biete eine Pipeline eine höhere Sicherheit als Rohstofftransporte auf Straße, Schiene oder zu Wasser.

Als „besonders sicher“ wertete Christian Engel (RWTÜV AG) die Pipeline. „Bei allen sicherheitsrelevanten Aspekten weist die Rohrfernleitungsanlage ein besonders hohes Niveau auf“, so der Sachverständige. Der Pipeline-Bau stelle eine „Zukunftsinvestition“ für NRW dar und sei ohne Alternative, meinte Peter Hausmann, Sprecher der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie.

### SICHERHEITSBEDENKEN

Dr. Thomas Dünchheim, Bürgermeister der Stadt Monheim, sah das vollkommen anders: „Eine Pipeline für hochgiftiges Kohlenmonoxid, vor dem Menschen nicht fliehen, sondern es bis zur Bewusstlosigkeit und dem Tod unbemerkt einatmen, darf man nicht neben Wohnbebauung und schon gar nicht mit derart vielen Fragezeichen zu den Sicherheitsstandards bauen.“ Auf Sicherheitsmängel wies auch Nils Hanheide (Kreis Mettmann) hin: So mehrten sich Hinweise auf mangelhafte Bauausführungen sowie eine unzureichende Überwachung der Arbeiten durch die Bezirksregierung Düsseldorf. Friedrich-Ernst Martin, Kreisbrandmeister im Kreis Mettmann, übte Kritik an der Alarm- und Gefahrabwehrplanung des Bayer-Konzerns. Diese würde die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Feuerwehren überschreiten.

„Kein Weiterbau und keine Inbetriebnahme“ forderte Wolfram Müller-Gehl von der Stadt Düsseldorf – nicht „so lange so viele sicherheitstechnische Notwendigkeiten noch nicht erfüllt“ seien. Ein Blick auf den Trassenplan erwecke den

Eindruck, die CO-Pipeline suche geradezu die Nähe zu dicht besiedelten Gebieten, merkte Dr. Peter Greulich (Stadt Duisburg) an.

Für einen sofortigen Baustopp und einen Verzicht auf das gesamte Projekt sprach sich auch der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) aus. Anstelle der Pipeline sollten alternative Produktionsmethoden der so genannten „green chemistry“ in Erwägung gezogen werden, forderte Sprecher Dr. Wolfgang Roth. Der Baustopp-Forderung schloss sich auch Dieter Donner, Sprecher der Bürgerinitiative gegen die Bayer-Pipeline an. 65.000 Bürger hätten diese Forderung mit ihrer Unterschrift bereits bekräftigt. Bei den Protestlern handele es sich also nicht um „ein paar verängstigte Schäfchen“, so Donner.

Auf die Folgen eines möglichen Störfalls wies Professor Gerd Falkenheim hin, der im Auftrag der Stadt Monheim ein Gutachten erstellt hatte. Schon ein kleines Leck von gerade einmal fünf Millimetern könne in einem Umkreis von 100 Metern kurzfristig tödlich wirken. Zudem seien die Reaktionszeiten des Leckwarnsystems zu langsam. „Aus meiner Sicht ist eine Gefährdung der Anwohner durch das für Kohlenmonoxid unzureichende Sicherheitskonzept der Fernleitung gegeben“, so der Ingenieur.

Ebenso viel Uneinigkeit wie in der Frage der Sicherheit herrschte in der Frage der rechtlichen Bewertung des Projekts: Während Professor Stefan Muckel (Universität Köln) das „Gesetz über die Errichtung und den Betrieb einer Rohrleitungsanlage zwischen Dormagen und Krefeld-Uerdingen“ als „eindeutig verfassungswidrig“ wertete, konnte Professor Johannes Dietlein (Universität Düsseldorf) „keine durchschlagenden verfassungsrechtlichen Bedenken“ erkennen. ax

## Kohlenmonoxid (CO)

Kohlenmonoxid – chemisches Zeichen CO – ist ein anorganisches Gas, das bei jeder unvollständigen Verbrennung kohlenstoffhaltiger Verbindungen entsteht. CO ist farb-, geruch- und geschmacklos und reizt die Atemwege nicht. Mit Luft bildet CO explosive Gemische. CO ist ein sehr gefährliches Atemgift. Es blockiert den Sauerstofftransport im Blut, was, je nach Höhe der Konzentration, zum Tod durch Erstickung führen kann.

Protest vor dem Hintergrund der Röhre: Demonstranten gegen die Pipeline hatten sich zur Anhörung vor dem Parlament versammelt.

Fotos: Schälte



## +++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

**B**ürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 19. November 2007 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

**D**ie von CDU und FDP angekündigten „KiBiz“-Korrekturen sind beschlossene Sache. Mit den Stimmen der beiden Regierungsfractionen hat der federführende **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** (Vorsitz Andrea Milz, CDU) das Kinderbildungsgesetz in insgesamt zwölf Punkten geändert und seine Beratungen mit einem positiven Votum abgeschlossen. Damit, so betonten die Abgeordneten der schwarz-gelben Koalition, sei man den Änderungswünschen der Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Eltern entgegengekommen. Die Oppositionsfractionen SPD und Grüne lehnen das Gesetz dagegen auch in der veränderten Fassung ab. Die SPD brachte eigene Änderungsanträge in den Ausschuss ein, für die sie allerdings keine Mehrheit fand. Nun muss der Gesetzentwurf noch die zweite Lesung im Plenum passieren, bevor er im August 2008 in Kraft treten soll.

+++

**D**ie Autobahnen in NRW sollen sicherer werden. Im **Ausschuss für Bauen und Verkehr** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) kündigte Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) an, bis zum Ende des Jahres weitere Lkw-Überholverbote einzuführen. Dies betreffe insgesamt 470 zusätzliche Streckenkilometer auf zweispurigen Autobahnen. Ausnahmen sind die „Ruhrgebietsautobahnen“ A40 und A42, da dort aufgrund dicht hintereinander liegender Auf- und Abfahrten ein Überholverbot nicht zu verantworten sei. Alle Fraktionen begrüßten die Initiative des Ministers im Grundsatz. Die Oppositionsfractionen von SPD und Grünen wünschten sich jedoch weitergehende Maßnahmen. So schlug der Abgeordnete Horst Becker als verkehrspolitischer Sprecher der Grünen vor, das Überholverbot auch auf Autobahnen mit mehr als zwei Spu-

ren auszuweiten. Dies werde in anderen Ländern, wie zum Beispiel in Belgien, erfolgreich praktiziert.

+++

**D**opingkontrollen sind eine teure Angelegenheit: Die 10.000 geplanten Kontrollen der Nationalen Anti Doping Agentur (NADA) verursachen im nächsten Jahr Kosten von über 3,6 Millionen Euro. Diese Zahl nannte NADA-Geschäftsführer Dr. Christoph Niessen im **Sportausschuss** (Vorsitz

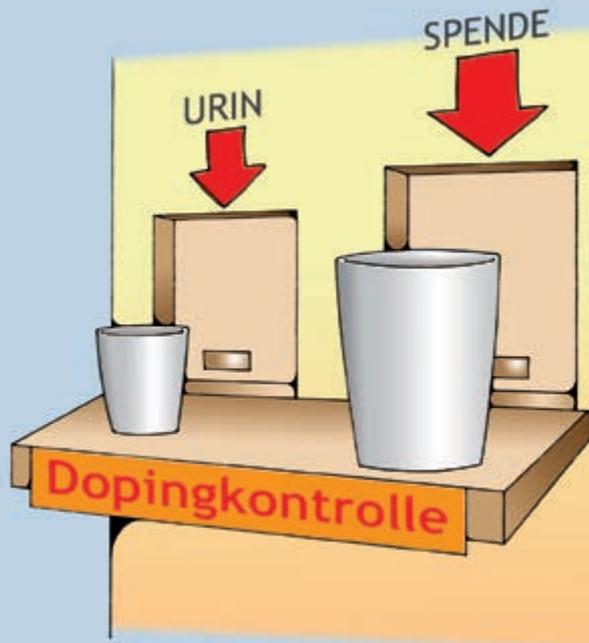


Illustration: Peter Flock

Axel Wirtz, CDU). Dort gab er den Abgeordneten Einblicke in die Arbeit der Stiftung mit Sitz in Bonn und erklärte das neuartige Verfahren der „intelligenten Kontrollen“. Demnach werden rund 9.000 Athletinnen und Athleten in den deutschen Spitzenverbänden nicht mehr nach Losverfahren kontrolliert, sondern möglichst dann, wenn ein Dopingmissbrauch im individuellen Fall am wahrscheinlichsten ist. Problematisch ist jedoch die Finanzierung der NADA, deren Stiftungserträge nicht für den operativen Betrieb ausreichen. „Um ein effizientes Kontrollsystem aufzubauen, benötigen wir mehr finanzielle Mittel“, erklärte Niessen. Deshalb will der Bund die NADA ab dem kommenden Jahr mit mehreren Millionen Euro unterstützen. NRW fördert konkrete Präventionsprojekte in 2007 und 2008 mit jeweils 50.000 Euro.

**D**ie Kultur- und Kreativbranchen sind im Aufwind.“ Mit dieser Nachricht erfreute Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) die Mitglieder des **Kulturausschusses** (Vorsitz Dr. Fritz Behrens, SPD). In der Sitzung stellte sie den 5. Kulturwirtschaftsbericht der Landesregierung vor. Demnach sind die Umsätze der nordrhein-westfälischen Kreativbranchen im Berichtszeitraum 2004/2005 mit acht Prozent doppelt so stark gestiegen wie im gesamten Bundesgebiet. So verzeichnete beispielsweise die Designwirtschaft einen Firmenzuwachs um 123 Prozent auf 8.800 Unternehmen. Allein in der Metropolregion Rhein-Ruhr hätten 150.000 Menschen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in der Kulturwirtschaft gefunden. Thoben kündigte an, die Kulturwirtschaft noch stärker mit der Gesamtwirtschaft verzahnen zu wollen. Für das nächste Jahr plane die Landesregierung die Einstellung eines „Clustermanagers“, der die Weiterentwicklung der Kreativbranchen entlang bestehender Wertschöpfungsketten fördern solle.

+++

**W**ie soll ich jetzt meine Familie ernähren?“, fragte sich ein Lehrer in einem Brief, den die Grünen-Abgeordnete Sigrud Beer im **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) zitierte. Auf Antrag ihrer Fraktion befasste sich der Ausschuss in einer Aktuellen Viertelstunde mit der „Praxis der Eingruppierung angestellter Lehrerinnen und Lehrer“. Neu angeworbene Seiteneinsteiger in den Lehrerberuf fühlen sich ungerecht behandelt, weil sie mit Inkrafttreten des neuen Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) schlechter bezahlt werden als nach dem alten Bundesangestelltentarif (BAT) zunächst angenommen. Die Oppositionsfractionen nannten diesen Vorgang einen „Vertrauensbruch“. Schulministerin Barbara Sommer (CDU) und Staatssekretär Günter Winands betonten, bei den 350 bekannten Fällen handle es sich lediglich um ein „Problem der Abwicklung“, da den Betroffenen frühere berufliche Tätigkeiten zur tariflichen Höherstufung noch nicht angerechnet worden seien. Letztendlich würden die meisten der neu angestellten Lehrerinnen und Lehrer ein Gehalt auf altem BAT-Niveau erreichen.

Foto:Schälte



## Rollenklischees vermeiden

### Junge Frauen wollen und sollen in Zukunftsberufen Karriere machen

*Die Rolle von Mädchen und Frauen im Berufsleben muss gestärkt werden. Der immer noch vorhandenen Benachteiligung in vielen Bereichen des Arbeitslebens ist entgegenzuwirken. Der Ausschuss für Frauenpolitik (Vorsitz Elke Rühl, CDU) sieht hier ein wichtiges Aufgabenfeld. Er lud darum Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden, Handwerk, Wirtschaft und Forschung zu einer Anhörung. „Junge Frauen in Berufen mit Zukunft“ war das Thema. Alle waren sich einig über die Notwendigkeit, traditionelle Rollenbilder abzuschaffen und alle Berufsgruppen für Mädchen interessant zu machen.*

**G**anz wichtig für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und besonders für ihren beruflichen Werdegang seien Vorbilder, an denen sie sich orientieren können. „Lass das mal Papa am Wochenende machen“, dieser Satz ist auch heute noch in vielen Familien verbreitet, so Dr. Ilona Lange, Hauptgeschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer in Arnshausen. Die Kinder, vor allem junge Mädchen, kämen oft nicht mit Technik und Naturwissenschaften in Berührung. Das fange schon in der vorschulischen Erziehung an, war die Meinung aller anwesenden Sachverständigen. So haben nach Langes Ansicht auch heute noch viele Erzieherinnen Vorbehalte, technische oder naturwissenschaftliche Experimente mit den Kindern durchzuführen.

Professor Dr. Maria Krienbaum von der Bergischen Universität Wuppertal betonte, es sei dringend, Mädchen auch schon im frühen Alter

an Naturwissenschaft und Technik heranzuführen. Nach der Meinung aller Sachverständigen sollte in den Schulen Technikunterricht gelehrt werden, zudem schlug die Professorin vor, zwei Wochen Berufskunde zum Regelunterricht zu machen. Mädchen und junge Frauen könnten hierbei geschlechtsunabhängig Einblick in verschiedene Berufsfelder und in den Berufsalltag nehmen.

Das Augenmerk sollte dabei aber nicht nur auf den Schülerinnen und Studentinnen liegen. Auch Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer müssten entsprechend ausgebildet werden. Dr. Willi Fuchs, Direktor und geschäftsführendes Mitglied des Präsidiums des Vereins Deutscher Ingenieure, forderte eine bessere, fachdidaktische Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer. Sie könnten Praktika in Betrieben absolvieren, um bei der Berufsberatung von Schülerinnen und Schülern auf eigene Erfahrungswerte zurückgreifen zu können.

Enorm wichtig sei es, die am Sozialisationsprozess der Kinder und Jugendlichen beteiligten Personen dafür zu sensibilisieren, nicht ständig auf Rollenklischees zurückzugreifen, so Christiane Lehmann vom Handwerkerinnenhaus Köln e.V.

Es reiche aber nicht aus, nur bei den Mädchen und den Bildungseinrichtungen anzusetzen, auch die Betriebe müssten mehr in die Lösung des Problems eingebunden werden. Marlies Dorsch-Schweizer vom Bundesinstitut für Berufsbildung in Bonn warnte davor, sich bei der Ausbildung von Mädchen nur auf technische Berufe zu konzentrieren. Frauen seien heute auch schon in vielen Berufsfeldern mit Zukunft vertreten, es müsse auch weiterhin eine Vielfalt in der Berufsberatung von jungen Frauen geben.

#### ZWANG ODER QUOTE?

Dr. Barbara Stiegler von der Friedrich-Ebert-Stiftung verlangte, auch die Jungen müssten eingebunden werden, so dass die Begriffe „Männer- und Frauenberufe“ langsam an Bedeutung verlieren. Es sei wichtig, Mädchen in Selbstbehauptung zu schulen und Jungen Training in Konfliktbewältigung zukommen zu lassen, um geschlechtsspezifische Rollenmuster abzubauen, so die Meinung der Vertreterin der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros, Ingrid Wawrzyniak.

Ein ebenfalls bedeutender Aspekt bei der Problematik „Frauen und moderne Berufe“ sei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Einen wichtigen Beitrag sollen hier, laut Christiane Lehmann, die Betriebe mit einer familienfreundlicheren Strukturierung der Arbeitszeiten leisten.

Die Politik habe ebenfalls einen großen Beitrag zu leisten, um den Frauen einen Einstieg in moderne Berufe zu erleichtern. Hier schlug Stiegler vor, die Strategie des „sanften Zwangs“ der Gesetze walten zu lassen, durch die eine klare gesellschaftliche Verpflichtung entsteht, die auch die Unternehmen nicht ausschließt. Die Betriebe sollten verpflichtet werden, Frauen einzustellen. In diesem Zug sollten Ausbildungsplätze quotiert und für Frauen reserviert werden. Willi Fuchs regte an, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass junge Frauen nicht nur einen Beruf ergreifen, sondern einer Berufung folgen, selbst wenn diese Berufung das Malen und Lackieren sei.

Nordrhein-Westfalen ist dabei nicht am Ziel, aber auf einem guten Weg. So kommt etwa ein Drittel aller deutschen Studienanfängerinnen im Fach Maschinenbau aus NRW. Viele Unternehmen und Betriebe im Land engagieren sich bereits, Mädchen zu fördern und zu unterstützen, etwa durch Beteiligung an den bundesweiten Girls Days. „Technik ist geschlechtsneutral“ – das wird immer mehr anerkannt. **MP**

## Stillgelegte Bahntrassen in Radwege umwandeln

Mit einem Antrag will die CDU-Fraktion die Landesregierung dazu auffordern, stillgelegte Bahntrassen in Radwege umzuwandeln. „In Nordrhein-Westfalen gibt es etwa 600 km solcher stillgelegter Bahnstrecken. Über 50 Prozent - also rund 300 km - sind für attraktive und kurzfristig realisierbare Lösungen im Radverkehr geeignet. Hierdurch könnte die Sicherheit der Radfahrer erhöht werden. Zudem werden Naherholung, Radverkehr und Tourismus gestärkt“, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Bernd Schulte (Bild).

In den vergangenen Jahrzehnten musste eine Reihe von defizitären Bahnstrecken mit geringem Verkehrsaufkommen aufgegeben werden. Auch nach gelungener Stärkung des Schienenpersonennahverkehrs durch die Weiterentwicklung der Regionalisierung haben die meisten aufgegebenen Strecken in Zukunft keine wirtschaftliche Reaktivierungschance. „Diese brachliegenden Flächen für andere Nutzungen nicht freizugeben beziehungsweise nicht zu nutzen, ist in vielen Städten und Gemeinden ein großes Ärgernis. Für den Radverkehr in Nordrhein-Westfalen

bieten die stillgelegten Bahnstrecken vielerorts eine besondere Chance. Durch ihre Nutzung können im Bereich stark befahrener, parallel verlaufender Bundes-, Landes- oder kommunaler Straßen sichere Radwege entstehen, direkte Schulwege und Fahrradstraßen geschaffen, Stadtzentren und Stadtteile attraktiv verbunden sowie der Fahrradtourismus gestärkt werden“, sagte der CDU-Verkehrsexperte.

Besonders bemerkenswert für die Qualität im Vergleich zu anderen Streckenführungen seien die geringere Störanfälligkeit durch weniger Ein- und Ausfahrten, die verbesserte Sicherheit durch eine geringere Zahl an höhenungleichen Kreuzungen und die geringe Steigung für bequemes Radfahren auch in hügeligem Gelände. Schulte: „Mit einer Landesinitiative Alleennradwege auf stillgelegten Bahntrassen wollen wir eine ideale Plattform schaffen, um Radverkehrssicherheit und Fahrradtourismus mit der Erhaltung des Landschaftsbildes und der Grünvernetzung zu verknüpfen. Zugleich wäre eine Stärkung und Ergänzung des bereits initiierten 100-Alleen-Programms der Landesregierung möglich.“



## NRW wird zum Bildungsland Nr. 1

Nordrhein-Westfalen ist auf dem Weg zum Bildungsland Nr. 1 und stellt sich zugleich an die Spitze der Bundesländer bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Denn nach dem modernsten Schulgesetz sowie dem freiheitlichsten Hochschulgesetz, erhält NRW mit dem neuen Kinderbildungsgesetz (KiBiz) nun das bundesweit kinder- und familienfreundlichste Gesetz für den Elementarbereich des Bildungssystems. Mit dem KiBiz, das im August 2008 in Kraft tritt, wird der Bildungsauftrag an den Kindertageseinrichtungen gestärkt, der Ausbau von Plätzen für unter Dreijährige beschleunigt sowie finanzielle Planungssicherheit für Träger, Eltern, Kommunen und das Land hergestellt. Um diese ehrgeizigen Ziele optimal erreichen zu können, hat die schwarz-gelbe Koalition die Anhörungen im Parlament sowie zahlreiche Stellungnahmen und Gespräche vor Ort ausgewertet und maß-



gebliche Verbesserungen am Entwurf des Kinderbildungsgesetzes beschlossen.

So wird der Ausbau der Betreuungsplätze insbesondere auf die Zweijährigen konzentriert. Ab dem Kindergartenjahr 2010/11 wird es dann einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Zweijährige geben. „Das KiBiz ist ein Quantensprung in der familienpolitischen Infrastruktur Nordrhein-Westfalens, durch den ab 2010 eine institutionelle und hochwertige Betreuung der Kleinkinder gesichert ist. Zudem erreichen wir einen neuen Standortfaktor im Wettbewerb mit anderen Bundesländern“, betont Christian Lindner (Foto), Fraktionsvize und jugendpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion NRW. Eltern können zudem künftig die Betreuung ihres Kindes differenziert mit 25, 35 oder 45 Wochenstunden buchen. Ein Ganztagsplatz in einer Kita soll in NRW aber nicht am Einkommen der Eltern

scheitern: Für alle Kinder muss der Zugang zu einem 45-Stunden-Angebot offen sein.

Im KiBiz ist zudem festgelegt, dass Kommunen mit Nothaushalten nicht gezwungen werden können, die fehlenden Eigenmittel durch unverhältnismäßige Erhöhung der Elternbeiträge zu erwirtschaften. „Als neues Kriterium für die Festlegung von Elternbeiträgen durch die Kommunen wird neben der sozialen Staffelung der Beitragstabelle, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Eltern eingefügt“, erläutert Lindner. Darüber hinaus haben die Koalitionsfraktionen vereinbart, dass eine Absenkung des Trägeranteils für die Kirchen nur dann festgehalten werden kann, wenn diese ihr Kita-Angebot nicht weiter massiv ausdünnen und sich stattdessen aktiv am Ausbau von Plätzen für unter Dreijährige beteiligen. Darüber hinaus wird im KiBiz geregelt, dass die Fördergelder des Landes und der Kommunen nur für Kindertageseinrichtungen verwendet werden dürfen. „Das KiBiz ist ein Meilenstein für ein kinderfreundliches NRW“, ist Christian Lindner überzeugt.



## KiBiz bleibt Mumpitz!

**T**rotz zahlreicher Protestveranstaltungen im ganzen Land, Lichterketten und einer Großdemonstration in Düsseldorf von Zehntausenden von Erzieherinnen und Erziehern, Eltern und Kindern hält die schwarz-gelbe Landesregierung uneinsichtig an ihrem Kinderbildungsgesetz fest - kurz KiBiz genannt. Trotz einiger Änderungen, die auf Druck auch von kommunalen Spitzenverbänden, Kirchen und Sozialverbänden vorgenommen wurden, ist für die SPD-Landtagsfraktion weiter klar: KiBiz bleibt Mumpitz!

„Auch mit den Änderungen der schwarz-gelben Koalition ist das KiBiz ein lausiges Gesetz. Es bleibt dabei, dass über die Elternbeiträge 19 Prozent der Kosten abgedeckt werden müssen. Dabei weiß jeder, dass auch in reichen Kommunen wie Düsseldorf nur rund 13 Prozent erreicht werden. Die Folge ist ganz klar: Die Kindergartenbeiträge für die Eltern werden

massiv steigen müssen“, erklärte die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Britta Altenkamp.

Früher hat das Land den Kommunen die finanziellen Ausfälle für fehlende Elternbeiträge erstattet. Doch diesen so genannten Elternbeitragsdefizitausgleich hat die Landes-

regierung abgeschafft. Nur dieser Ausgleich stellt sicher, dass weder die Städte und Gemeinden, noch die Eltern für fehlende Einnahmen draufzahlen müssen. Insofern bleibt das KiBiz vor allem ein Spargesetz“, betonte Altenkamp.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert weiterhin, die Betreuung nach den Bedürfnissen der Eltern auszurichten und entsprechend durch das Land zu finanzieren. Die Regierung Rüttgers schaut dagegen nur, wie sie möglichst billige Lösungen erzielt. Altenkamp: „Wir müssen doch vor allem im Blick haben, was gut ist für die Kinder und die Eltern. Deshalb wollen wir die Kita-Öffnungszeiten von 25 Stunden zum Ausnahmetatbestand machen und für 25 und 35 Stunden die gleichen Elternbeiträge erheben. Das verhindert, dass finanzschwache Eltern aus Geldmangel eine kürzere Betreuung wählen.“ ■



## Ohne Netz: Privatisierungsgesetz der Bahn schadet dem Land NRW

**DIE GRÜNEN** —  
im Landtag NRW

**N**RW ist als Bahnland Nr. 1 vom Privatisierungsgesetz von Bundesverkehrsminister Tiefensee besonders betroffen. 13,6 Prozent oder 4.644 Kilometer des Gesamtnetzes und 690 Bahnhöfe und Haltepunkte (12,1 Prozent) liegen in NRW. Mit rund 321 Millionen Fahrgästen pro Jahr hat die Bahn im Fern- und Nahverkehr rund 25 Prozent ihrer Kundinnen und Kunden in NRW. Mit rund 2,5 Milliarden Euro erzielt der Gesamtkonzern in NRW zehn Prozent seines Gesamtumsatzes. Für den NRW-Regionalverkehr beträgt das jährliche Auftragsvolumen des DB-Konzerns rund 870 Millionen Euro pro Jahr.

### FINANZIELLE MEHRBELASTUNGEN FÜR DIE LÄNDER

Durch den Gesetzentwurf kommen auf alle Bundesländer erhebliche finanzielle Mehrbelastungen durch Erhöhungen der Trassen- und

Stationspreise zu. Das Länder-Gutachten weist aus, dass die Sparte „Netz“ mit einem Ergebnisprung von 780 Millionen Euro zum Gewinnbringer für den Konzern ausgebaut werden soll. Im Jahr 2006 betrug der Verlust bei DB-Netz 212 Millionen Euro. Der Geschäftsplan sieht vor, dass bis zum Jahr 2011 der Gewinn auf 568 Millionen Euro gesteigert werden soll. Auch bei den Personenbahnhöfen sollen die Gewinne mehr als verdoppelt werden.

Die Mehrkosten bei den Trassenpreisen und den Stationsgebühren werden voll auf die Länder durchschlagen. Wenn die Länder aber nicht bereit sind, die Erhöhungen der Trassen- und Stationspreise aus Landesmitteln zu kompensieren, zahlen die Zeche wieder einmal die Fahrgäste: Entweder mit deutlich höheren Fahrpreisen im Nahverkehr oder mit Kürzungen des Leistungsangebotes von fünf bis zehn Prozent geben.

Alle politisch Verantwortlichen im Land stehen in der Pflicht, mit aller Macht die Pläne

von Bundesverkehrsminister Tiefensee zu verhindern. Öffentliches Vermögen im Wert von 130 Milliarden Euro darf nicht für acht Milliarden Euro verschleudert und privaten Rendite-Interessen geopfert werden. Auch die NRW-SPD ist aufgefordert, sich wieder in die Reihe der Befürworter einer Trennung von Netz und Betrieb bei der Bahn einzureihen. Der Schutz der Bahnkundinnen und Bahnkunden in NRW vor den negativen Folgen des Privatisierungsgesetzes ist höher zu bewerten als der Schutz von Bundesverkehrsminister Tiefensee. ■





Entspannen und atmen lernen – mit diesen Verheißungen wirbt der Felicitas-Stollen in Bad Fredeburg – ein Sprecher des Bades nahm an der Anhörung teil – um Besucherinnen und Besucher. Im speziellen Mikroklima ohne (Elektro-)Smog und Umwelteinflüsse sollen im ehemaligen Schacht einer Schiefergrube die Menschen zu Ruhe, Wohlbefinden und Ausgeglichenheit finden.

Foto: Kurverwaltung Bad Fredeburg

## Stärkere Qualitätskontrollen

### Experten bewerteten in Anhörung die geplanten Änderungen im Kurortegesetz

„Eine Kur dient durch wiederholte Anwendung vorwiegend natürlicher Heilmittel nach einem ärztlichen Plan der Gesunderhaltung oder Genesung des Menschen.“ So steht es seit 1983 im nordrhein-westfälischen Kurortegesetz geschrieben, das die Landesregierung nun novellieren und „zeitgemäß anpassen“ möchte. Ihr Gesetzentwurf (Drs. 14/4298) soll die vielfältigen, existierenden Kur-Bestimmungen in einem einzigen Regelwerk bündeln. Ob dieses Ziel tatsächlich erreicht werden kann, und welche Konsequenzen sich aus dem Entwurf für die Kurorte ergeben, das wollte der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) von eingeladenen Experten in einer öffentlichen Anhörung wissen.

Die Runde der Vertreter von Instituten, Agenturen und Kurorten repräsentierte „den gesamten Spannungsbogen der Meinungen“, wie der Ausschussvorsitzende Garbrecht am Ende der Sitzung bemerkte. Die abgegebenen Stellungnahmen reichten von „uneingeschränkter Zustimmung“ bis hin zu „entschiedener Ablehnung“ des Gesetzentwurfes. So erklärte etwa Dr. Wolfgang Honsdorf, Bürgermeister der Stadt Bad Salzuflen, stellvertretend für die NRW-Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände: „Das Gesetzesvorhaben hat meine vollkommene Zustimmung.“ Die vorgesehene Zusammenführung von Verfahrensregelungen im novellierten Kurortegesetz (KOG) Sorge ganz im Sinne der Kommunen für deutlich mehr Transparenz und Verlässlichkeit im Kurortewesen. Honsdorf wehrte sich gegen Vorwürfe, der Gesetzentwurf der Landesregierung spalte die Kommunen in Erneuerer und Bewahrer traditioneller Kurmethoden. „Das ist doch überhaupt nicht der Fall“, so der Bürgermeister. „Wenn die nordrhein-westfälischen Kurorte in ihrer Entwicklung irgendwo stehen geblieben wären, dann gäbe es sie heute längst nicht mehr. Es ist schließlich der Markt, der über den Erfolg entscheidet.“

Mit eben diesem Punkt verband Thomas Weber von der Kurverwaltung Bad Fredeburg seine Kritik am Gesetzestext und erklärte im Anschluss, warum er den Entwurf nicht befürworten wolle. Als Anbieter innovativer Kur-

therapien habe er kaum eine Chance am Markt, da auch der novellierte Gesetzentwurf die Kurorte noch immer zu klassischen Kneippkur-Therapien „zwangsverpflichtet“. Weber forderte deshalb eine neue, gesetzlich ermöglichte Beweglichkeit im Wettbewerb der Kurorte um Kunden. Er zeigte sich überzeugt davon: Eine Öffnung des Gesundheitsmarktes werde der gesamten Volkswirtschaft zugute kommen. „Die Gesundheitskompetenzen werden sich langfristig verschieben“, so seine Prognose. Den etablierten Kneipp-Kurorten warf Weber eine „starre Lobbybildung“ vor, da sie sich mit ihren Interessen im Gesetzestext deutlich hätten durchsetzen können. Sein Fazit im Ausschuss: „Der Gesetzentwurf bietet keine Zukunftsorientierung für Kommunen im Land, die neue Wege bei den Kurangeboten gehen wollen. Wo bleibt die Vorreiterschaft Nordrhein-Westfalens?“

#### BÜROKRATIEASPEKT

Hans Achim Bädorf (Gesundheitsagentur NRW) begrüßte das erklärte Ziel der Landesregierung, mit dem novellierten Gesetzestext für einheitliche Begriffsbestimmungen und Verfahrensregeln – in Anlehnung an die entsprechenden Definitionen des Deutschen Heilbäderverbandes – zu sorgen. Zwiespältig fiel sein Urteil zu dem Vorhaben aus, den Status

der nordrhein-westfälischen Kurorte künftig alle zehn Jahre zu überprüfen. Dieses Verfahren sei gut für die Sicherung hoher Qualitätsstandards, die spezifischen Kriterien der Kontrollen müssten aber noch weitaus klarer im Gesetzestext festgehalten werden. „Wir von der Gesundheitsagentur würden uns mit unserem Sachverstand gerne noch stärker in den aktuellen Gesetzgebungsprozess einbringen“, bot Bädorf den Abgeordneten an. Er gab zu bedenken, dass die regelmäßige Kontrolle der Kurqualität für die Kommunen ein Mehr an Bürokratiekosten mit sich bringen werde. Diesen Aspekt hob auch Gutachter Hans-Georg Kluge, ebenfalls im Auftrag der Gesundheitsagentur, hervor: „Der bürokratische Mehraufwand des Kurortegesetzes ist gegen den Zeitgeist. Es stimmt einfach nicht, dass die Novellierung keine Folgekosten mit sich bringen werde.“ Zudem sei nicht nachvollziehbar, warum das novellierte Gesetz „Heilbäder“ – also Mineral-, Moor-, Sole- und weitere Bädetherapien – künftig dem Medizinproduktegesetz und nicht mehr, wie bisher, dem Arzneimittelgesetz zuordne. Kluge empfahl den Parlamentariern, von dieser Neuregelung abzusehen, da zu dieser juristischen Frage in nächster Zeit eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zu erwarten sei. Sein Rat an das Gesundheitsministerium: „Verweisen Sie an dieser Stelle einfach auf geltendes Bundesrecht. Dann bekommen Sie später keine Probleme.“ SW

## Porträt: Jürgen Unruhe (SPD)



Das man Jürgen Unruhe zu den Landtagsabgeordneten zählt, die wenig respektvoll als „Hinterbänker“ bezeichnet werden, stört den 37-jährigen Sozialdemokraten aus der tiefschwarzen Diaspora nicht besonders. „Ich hatte nicht die Vorstellung, dass ich hier als Parlamentsneuling gleich alles umkrepeln kann und täglich in der Zeitung stehen muss“, sagt der Postzusteller aus der Gemeinde Steinheim im Kreis Höxter. „Ich bin auch hier um zu lernen.“ Wie im Fußball, neben der Politik seine zweite große Leidenschaft, sieht er seine Rolle im Landtag nicht im Sturm, sondern im hinteren Mittelfeld.

Der Schlacks mit der blonden Bürstenfrisur ist fest in seiner Heimatgemeinde verwurzelt. Im Dörfchen Ottenhausen – „eins der schönsten Dörfer Deutschlands“, wie Unruhe stolz verkündet – war bereits sein Vater Vorsitzender der örtlichen SPD. „Weil ich die Schwächeren unterstützen und nicht mit der Mehrheit laufen wollte und aus Familientradition bin ich auch mit 24 in die Partei eingetreten.“ Schon ein Jahr später wurde er in den Rat der Gemeinde Steinheim gewählt, seit drei Jahren ist er dort Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion.

Die Liebe zur Heimat gab auch den Ausschlag bei der Berufswahl. Post oder Straßenbauamt hatten ihm die Berufsberater empfohlen, nachdem Unruhe die Mittlere Reife erreicht hatte. Weil die Bewerbungsfrist für den Straßendienst abgelaufen war, bewarb er sich bei der Post und wurde sofort eingestellt. Von seiner Arbeit als Briefträger oder Zusteller, wie es heute heißt, schwärmt Unruhe noch heute und manchmal, wenn es seine knapper gewordene Freizeit zulässt, begleitet er seinen Nachfolger auf der Runde durch die Gemeinde. „Auf dem Land sieht die Arbeit des Zustellers völlig anders aus als in der Stadt.“ Da werden nicht einfach die Briefe in den

Kasten geworfen, da hat man auch noch Zeit für ein Schwätzchen mit den Nachbarn, Freunden und Bekannten. Und weil das Postamt in Steinheim auch erst gegen sieben Uhr morgens beliefert wird, muss er auch nicht ganz so früh aufstehen wie seine Kollegen in den Großstädten.

Seine Wahl in den Landtag vor zweieinhalb Jahren war fast ein kleines Wunder. Denn die Region Höxter ist eine Hochburg der CDU, als Direktkandidat hat ein Sozialdemokrat kaum eine Chance, und weil bei früheren Wahlen nur selten ein Listenkandidat der Roten ins Landesparlament gewählt wurde, war der Kreis über viele Jahrzehnte SPD-freie Zone. Auch Unruhe hatte ohne große Hoffnungen auf einen Mandatsgewinn zugesagt, als ihn der Kreisvorsitzende Johannes Reinicke gefragt hatte, ob er nicht für den Landtag kandidieren wolle, „eher aus Neugier und um etwas zu lernen.“ Umso größer war für ihn die Überraschung, als am späten Abend des Wahlsonntags ein Parteifreund anrief und aufgeregt fragte, ob er schon auf die Internet-Seite des Innenministeriums geguckt habe. Da konnte man nämlich lesen, dass als 43. und Vorletzter Jürgen Unruhe aus Steinheim in den Landtag gewählt worden war. „Ich habe erst gezögert, ob ich das überhaupt machen soll und habe eine ziemlich unruhige Nacht verbracht“, erinnert sich Unruhe.

### DIASPORA

Bereut hat er seine Entscheidung nicht, aus dem Heimatdorf in die ferne Großstadt Düsseldorf gewechselt zu sein, und sei es auch nur, um den Menschen in seiner Heimat zu zeigen, dass es auch die SPD gibt. „Wir hatten über Jahrzehnte keinen Bundestags- und keinen Landtagsabgeordneten. Wenn irgendwo ein Schützen- oder Dorffest gefeiert wurde, war die SPD nie vertreten. Jetzt müssen sie überall die rote Socke einladen“, freut sich Unruhe.

Im Landtag engagiert er sich vor allem im Petitionsausschuss und kümmert sich insbesondere um die Probleme der Sträflinge in den ostwestfälischen Justizvollzugsanstalten Werl und Senne. Viel Zeit kostet auch die Arbeit im Umwelt- und Landwirtschaftsausschuss. Ärgern kann er sich über die Attitüde mancher Kollegen aus den Regierungsfractionen, nach der früher alles schlecht gewesen sei und heute nur noch Gutes getan werde.

Fußball spielt Unruhe auch als 37-Jähriger noch, regelmäßig beim TuS Teutonia Vinsebeck und gelegentlich beim Düsseldorfer FC Landtag. Dort ist er einer der Jüngsten und Besten, denn: „Bei einigen Parlamentskollegen reicht die Kondition nur noch bis zur Wimpelübergabe.“

*Autor: Peter Jansen*

## FCL: Stark gegen Ex-Profis

Erst sah es so aus, als sei es nur eine Frage der Zeit, bis es im Kasten des FC Landtag NRW klingeln würde: Der FCL überrollt von den Stars aus dem Kreis Neuss, angeführt vom Ex-Profi Michael Sternkopf (KSC, Bayern, Mönchengladbach, Bielefeld). Dann jedoch ging der berühmte Ruck durch die Mannschaft. Die Defensivabteilung des FCL mit dem umsichtigen Wolfgang Euteneuer, den zweikampfstarken Bernd Heimfarth und Jörg Krause sowie dem bissigen Werner Sesterhenn hielt den Attacken des Gegners stand. Norbert Killewald räumte ab, was abzuräumen war. In der Offensive sorgte die gefürchtete FCL-Flügelzange mit Walter Kern und Jens Petersen für Gefahr.

Das Glanzstück des FCL aber, von Keeper Rene Markgraf mal abgesehen, war die Mittelfeld-Raute mit Ibo, René Halverkamp, Stojan und Harry. Sie sorgten für die notwendige Entlastung.

Dann aber gab es doch den Rückschlag: Handelfer für die Neusser, der zum 1:0 verwandelt wurde. Doch der FCL schlug zurück. Ausgleich durch Stojan. Vor dem Pausenpfiff dann wieder der Rückstand.

Etwas unkonzentriert musste sich der FCL erst neu sortieren. Dann aber setzten sich die Neusser ab: 2:1, 3:1 unhaltbarer Flachschuss, erneuter Elfer zum 4:1, Kopfballtor des blonden Hünen aus der Sturmmitte zum 5:1. Der FCL warf die Flinte nicht ins Korn, sondern zeigte Charakter. Nach blitzschnellen Kontern war es zweimal Ibo, der das Leder überlegt im Neusser Tor versenkte. 5:3 – das hörte sich schon besser an. FCL-Präsident Günter Langen zeigte sich zufrieden. ■

**Herausgeberin:** Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinker, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Jürgen Knepper (Chefredakteur), Axel Bäumer (Redakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion)

Redaktionelle Mitarbeiterin: Doro Dietsch  
Telefon (0211) 884-2304, 884-2545, 884-2309 und 884-2450  
Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

**Herstellung und Versand:**

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

**Internet-Adressen:** www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

**LANDTAG INTERN** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

## Geburtstagsliste

Vom 23. Oktober bis 15. November 2007

23.10. Bernhard Schemmer (CDU)	57
24.10. Reinhold Sendker (CDU)	55
25.10. Carina Gödecke (SPD)	49
30.10. Horst Ellinghaus (CDU)	59
3.11. Hubertus Kramer (SPD)	48
4.11. Thomas Eiskirch (SPD)	37
5.11. Reinhard Jung (SPD)	55
8.11. Andrea Asch (GRÜNE)	48
15.11. Gerhard Lorth (CDU)	63

**Dr. Wilfried Heimes** (CDU), Landtagsabgeordneter von 1970 bis 1990, ist vor kurzem 80 Jahre alt geworden. Der gebürtige Haaner wurde 1964 Referent für Erwachsenenbildung im Bistum Essen. Die Ruhrmetropole vertrat er zwei Jahrzehnte im Landesparlament. Dort leitete er als hochschulpolitischer Sprecher den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung (1980 bis 1985); anschließend war er bis zu seinem Ausscheiden aus dem Landtag stellvertretender Vorsitzender des Hauptausschusses. Wegen seiner Verdienste ernannten ihn die Essener Christdemokraten zu ihrem Ehrenvorsitzenden.

**Renate Hendricks**, SPD-Abgeordnete aus Bonn und Bildungsexpertin ihrer Fraktion, ist vom niedersächsischen SPD-Spitzenkandidaten Wolfgang Jüttner in sein Team für die Landtagswahl in Niedersachsen am 27. Januar 2008 berufen worden. Die diplomierte Sozialpädagogin und Mutter von fünf Kindern gehört dem NRW-Landtag seit Juni 2005 an. Hier ist sie Mitglied im Ausschuss für Schule und Weiterbildung sowie im Ausschuss für Generationen, Familie und Integration. In der Enquetekommission „Chancen für Kinder – Rahmenbedingungen und Steuerungsmöglichkeiten“ ist sie Sprecherin ihrer Fraktion.

**Helmut Stahl**, CDU-Fraktionsvorsitzender, und **Peter Biesenbach**, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, sind von ihrer Fraktion in ihren Ämtern bestätigt worden. Die stellvertretenden Vorsitzenden sind wie bisher **Ursula Doppmeier**, **Marie-Luise Fasse**, **Rudolf Henke**, **Manfred Kuhmichel**, **Bernhard Recker**, **Bernd Schulte** und **Michael Weisbrich** (alle CDU).

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, **Rolf Krebs**, sowie der Leiter des Katholischen Büros, **Dr. Karl-Heinz Vogt**, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 25. Oktober 2007 ein: Um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9.15 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

*Raum für Aufkleber (Postvertrieb)*



## Afrika und Europa ...

... trafen sich beim Parlamentarischen Abend, den vor kurzem die Kulturstiftung NRW im Landesparlament ausgerichtet hat. „Touching Africa“ – unter diesem Motto stand das Zusammenspiel von **Aly Keita** und **Hans Lüdemann**, bei dem Jazz, europäische und afrikanische Musik miteinander verschmolzen. An diesem Abend las auch der Autor, Literaturkritiker, Übersetzer und WDR-Mitarbeiter **Stefan Weidner** aus seinem Essay „Mohammedanische Versuchungen“. Der studierte Islamwissenschaftler Weidner ist Redakteur einer vom Goethe-Institut herausgegebenen Zeitschrift für den Dialog mit der islamischen Welt.

Foto: Schälte